

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jedes Werktag. Abonnementspreis mit Austr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Vertrieb: 905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Anzeigenpreis für die achtgesaltene Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Besammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 60 Reichspfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Vertrieb: 926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion

Nummer 219

Sonnabend, 19. September 1925

32. Jahrgang

Die Quintessenz von Heidelberg.

S. Lübeck, 19. September.

„Die roten Massen und ihre unsterblichen Bundesgenossen in den übrigen Lagern sind angriffs-lustiger, zuversichtlicher und härter denn je seit dem November 1918. Sehen wir uns vor!“

Das ist das Ergebnis eines eifrigeren Leitartikels, in dem unsere geübteste Feindin, die „Deutsche Zeitung“ ihre Eindrücke aus Heidelberg vor einigen Tagen zusammenfaßt.

Uebrigens, die wenigsten ahnen, wie gespannt unsere Gegner und halben Freunde auf jedes Wort in Heidelberg lauschen. Führende Rechtszeitungen opfern täglich den größten Teil ihrer ersten Seite dem Bericht und der Bekräftigung des dort Gelesenen. Eine glänzende Illustration für die „Bedeutungslosigkeit“, zu der nach dem einstimmigen Urteil aller bürgerlichen Politikaster die Sozialdemokratie seit langem verurteilt ist.

Um es kurz zu sagen: Sie alle sind herzlich unzufrieden mit uns. Um so mehr Anlaß haben wir, zufrieden zu sein.

Man hätte sich offenbar in weiten Kreisen des Bürgertums, und noch mehr bei den Kommunisten der Hoffnung hingegeben, in Heidelberg so etwas wie einen Canossagang der Sozialdemokratie zu erleben. Endgültiges Einschwenken in eine gemäßigt republikanische Front, höfliche Verbeugungen gegenüber dem Zentrum, Aufgabe des Klassenkampfgedankens, endgültiger Verzicht auf alle sozialistischen Forderungen, das war das Zerrbild, das durch die fortgesetzten Verdrehungen der gegnerischen Presse in so manchem Spieß- und Leiber auch Profetiarierchen vom Wesen der deutschen Sozialdemokratie entstanden war.

Aber die klare und eindeutige Sprache des Parteitages erweist, daß von allem gerade das Gegenteil wahr ist. Nicht ein Häuflein ratloser, in ihren Illusionen enttäuschter Arbeitervertreter trat dort in Erscheinung, sondern eine siegesbewußte, zukunftsstrotzende Kampfrührer, die von ihren alten Zielen auch nicht ein Täpfelchen abgerückt ist.

Die absolute Einmütigkeit in der Zielsetzung, sie trat vor allem wieder machtvoll in Erscheinung. Nicht einer, der etwa, wie böswillige Kritiker immer wieder behaupten, geneigt wäre, im Interesse der gegenwärtigen Republik das sozialistische Endziel zurückzustellen. In der Ueberzeugung, daß dieses die unwandelbare Richtschnur für unsere Politik sein muß, besteht keinerlei Differenz zwischen einem Hermann Müller und einem Paul Levy.

Gegensätze bestehen allerdings und sie traten auf dem Parteitag offen und unverhüllt in Erscheinung, (im Gegensatz zum Parteitag der Kommunisten, der sich angeblich über alles einig war, bis vier Wochen später das große Enthüllen losging); aber diese Gegensätze betrafen lediglich die taktische Frage, wie dieses Ziel am schnellsten zu erreichen sei.

Worin liegt nun das Wesen dieses Gegensatzes? — Uns scheint, daß den entscheidenden Punkt am schärfsten Paul Levy

getroffen hat, als er (dem Sinne nach) erklärte: Wir von der Opposition sind pessimistischer als der Parteivorstand; wir glauben, daß erst diese Generation noch im Schlamm des Kapitalismus ertrinken muß, bis die neue sozialistische Gesellschaft entsteht. Daher der größere Radikalismus dieser Genossen, die schärfere Herausstellung des Klassenkampfgedankens, aber auch ihre Neigung zur Politik der Schlagwörter.

Die Richtung, die in dem Parteivorstand verkörpert ist, ist zukunftsfer, gegenwartsnäher; sie will immer und überall zugreifen, Einfluß gewinnen auf die Gestaltung der Gegenwart, die Entwicklung tatkräftig vorwärts treiben, sei es auch auf Kosten schmerzlicher Kompromisse.

Welche Richtung hat gesiegt? — Keine; und das ist das Erfreulichste an dem Ergebnis von Heidelberg. Der Parteivorstand ist mit übertrroher Mehrheit wiedergewählt worden; die Kritiker um jeden Preis, die in der Person des Genossen Seydewitz nicht gerade sehr glücklich vertreten waren, erhielten ihre verdiente Abfuhr; aber in der endgültigen Fassung des Parteiprogramms, das gestern als Krönung der Arbeit verabschiedet wurde, ist doch die Hand der radikaler eingestellten Genossen deutlich zu spüren. Und es war eine glückliche Hand; mancher etwas verschwommene Satz wurde schärfer herausgearbeitet; die große Idee der proletarischen Klassenkampfes, der mit den friedlichen Mitteln der Demokratie zu führen ist, tritt in dem neuen Programm, das uns für die Zukunft vorantreibt, klar und unverhüllt hervor.

Niemand kann danach mehr an dem wahren Charakter der Sozialdemokratischen Partei zweifeln; sie ist, was sie immer war, eine Kampfpartei, eine Partei, die überall, im Staat, im Wirtschaftsleben, in der Rechtspflege, in der Verwaltung die Interessen der Ausgebeuteten vertritt, für die aber alle Erfolge auf diesen Gebieten nur Etappen sind auf dem Wege zum großen Kulturideal der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Im einzelnen werden auch an diesem Programm, wie es jetzt vorliegt, künftige Parteitage noch manches zu ändern und zu bessern haben. Aber die große Linie liegt klar.

Und klarer noch als die geschriebenen Worte des Programms zeigen die lebendigen Worte, die dort unten gesprochen wurden von dem Kampfwillen, von der Zukunftsgläubigkeit der deutschen Sozialdemokraten.

Aus der matten Schamade, die unsere Gegner erwartet hatten, ist eine tönende Fanfare geworden, die den Widersachern gellend in den Ohren dröhnt.

Aber es darf und es wird nicht bei den starken Tönen bleiben. Dem Signal werden die Angriffe folgen, um so stärker, um so erfolgreicher, je fester sich die Arbeiterschaft an der Drehbank und am Schreibtisch um unser rotes Banner zusammenschließt. Drum Sozialisten schließt die Reihen!

Das Programm von Heidelberg.

Von Dr. Karl Renner-Wien.

Die Programmkommission, die von der Nürnberger Einigungspartei eingesetzt und in Heidelberg ergötzt worden ist, hat ihr Werk abgeschlossen und auf dem Parteitag durchgesetzt. Die deutsche Sozialdemokratie hat wieder ein einheitliches, abgerundetes Gesamtprogramm. Und das ist gut so.

Allerdings hat das Programm heute, wo wir das erste Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts vollenden, ganz andere Bedeutung als 1890, im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts. Damals noch auf die Vertreibung im deutschen Reichstag beschränkt und von den meisten Landtagen beinahe ausgeschlossen und ohne Vertretung in den Gemeinden, damals noch allüberall in aussichtsloser Opposition gedrängt und von der positiven Arbeit ferngehalten, damals vor allem von der Volksgemeinschaft als Fremdkörper und feindliche Bedrohung empfunden, verpönd und geächtet, mußte die Sozialdemokratie ihr Denken und Wollen in einem geschlossenen Manifest der bürgerlichen Welt entgegenstellen. Noch galt der Sozialismus als eine „halb fürchterliche, halb lächerliche Sage“, ein „Schredgespenst“, der Uninn und Uerwitz verführter und verzweifelter Volksteile außerhalb der offiziellen Nation. Also war es geboten, das Neue, das da gewollt wurde, in einem einzigen Schriftwerk vor die Nation hinzustellen und in theoretischer Begründung gegen Feinde und Zweifler zu sichern. Diese Aufgabe erfüllte das Erfurter Programm in ausgezeichneter Weise. Sein Verdienst ist unvergänglich.

In den 35 Jahren seit Erfurt ist die Sozialdemokratie die stärkste und dazu noch die heute älteste Partei des Deutschen Reiches. Was sie will — das hat sie der Welt nicht erst zu erzählen. Es ist niedergelegt nicht nur in den Beschlüssen von einem halben hundert Parteitagen, sondern konkretisiert in tausend Anträgen des Reichstages und der Landtage, Fleisch und Blut geworden in abertausenden Aktionen in Parlamenten und auf der Straße. Das ist vor allem bis in alle Einzelheiten durchgearbeitet durch diese Tätigkeit eines halben Jahrhunderts. Kein Parteiprogramm, und ginge es noch so sehr auf alle Einzelheiten ein, kann heute die Steuerpolitik, die Sozialpolitik und so fort der Partei nur halbwegs erschöpfend aufnehmen.

Das ändert die ganze Funktion des Programms: Was vor einem halben Jahrhundert die fühne Voraussetzung einer noch unbekannteren Zukunft war, die Verkündigung einer heraufsteigenden Welt, das Evangelium einer neuen Weltanschauung — das erscheint uns jetzt als schwächerer Auszug aus der unermeßlichen Fülle der Theorie und Praxis eines abgelaufenen Halbjahrhunderts.

Das Programm, so aufgefaßt wie das Erfurter Programm, hat eine andere Funktion angenommen. Dennoch erfüllt das Heidelberger Programm eine Notwendigkeit. Denn bis zu seinem Beschluß hatte die SPD. — zwei Programme, das Görtzger und das Erfurter; und dieser zwiespältige Zustand ist unerträglich. Er wird durch das Heidelberger Programm beendet und aus der Welt geschafft. Es schließt die Zeit der Spaltung und der Wirren ab, ist der sozusagen technische Abschluß des Zwiespalts und der formale Anfang der Einheit. Und die Jugend der Partei, die den kurzen Auszug und die handliche Zusammenfassung — von denen ich eben sprach — in die Hand bekommt, wird bei ihrem Eintritt in die Partei das Ganze der Bewegung aufnehmen und zu überschauen in die Lage versetzt sein. Der Reuegewonnene, der irgend ein Einzelmotiv zur Partei treibt, wird dieses Ganze der Bewegung mitbekommen und sich so in seiner Gestaltung beteiligen. Und darum ist diese Programmkommission nötig und nützlich zugleich gewesen.

Das darf uns jedoch nicht darüber täuschen, daß wir neben dieser Art Programm noch etwas anderes brauchen: Die kurze kraftvolle Bekundung dessen, was wir wollen, jetzt, heute und morgen! Wessen, was wir wollen, daheim in Deutschland und draußen in der Welt! In einer Partei, die sich nicht erst bildet, sondern da ist, die eine geschichtliche Macht geworden ist, kommt alles darauf an, zu sagen, was man konkret, was man sofort will. Weniger gilt es dabei, im Parteitagsbeschlusse selbst die Theorie zu diesem Willen zu geben — eine Aufgabe, welche die Presse und das Buch heute besser besorgen.

Dieser Wille läßt sich gewiß kurz fassen: Die Arbeiterklasse Europas war es, die den Krieg liquidiert hat, das monarchisch-feudale Europa gestürzt, in der Welt die republikanische Staatsform zum Siege geführt und dadurch die gesamte Verfassung der abendländischen Menschheit von Grund aus umgestaltet hat. Diese geschichtliche Tat ist das Verdienst der Sozialdemokratie. Die erste Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist, die Frucht dieses Kampfes zu sichern, die zweite Aufgabe ist die der Zukunft: Die deutsche Republik zur sozialen Republik zu gestalten, die deutsche Welt in Frieden und Freundschaft in die republikanische Welt einzugliedern und so den Frieden der Welt und die neue soziale Ordnung der Menschheit zu begründen. Vielen unzweifelhaften Willen der Masse auszusprechen und die Wege zu diesem Ziele aufzuzeigen — das ist das kurze Zukunftsprogramm, das ein künftiger Parteitag in Ergänzung des Heidelberger Beschlusses auszusprechen berufen ist.

Hindenburg am Rhein.

Jetzt kriegen auch die Bürgerlichen das Feiern satt.

Köln, den 19. September. (Radio.)

Auf seiner Fahrt durch das befreite Ruhrgebiet traf der Reichspräsident in Begleitung des Reichsministers, des Ministers für die besetzten Gebiete, des preussischen Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Oberpräsidenten der Rheinprovinz am Freitag nachmittags um 4 Uhr in Duisburg ein, wo er vom Oberbürgermeister Dr. Farez empfangen wurde. Später unternahm er eine Rundfahrt im Auto durch Duisburg, Weiderrich und Ruhrort bis zur Homberger Rheinbrücke. Am Abend fand im Duisburger Stadttheater eine Festaufführung der Weistinger statt. Nach Schluß der Vorstellung hielt Hindenburg eine kurze Ansprache, die er mit den Worten schloß: „Der Rhein ist unser Schicksalsstrom. Er gehörte uns, wenn wir einig waren, wir verloren ihn, sobald wir uneinig waren. Darum sei der Rhein uns immer eine Mahnung zur Einigkeit. In dieser Einigkeit muß jeder Deutsche mitarbeiten. Um dies zu tun, wollen wir gemeinsam beträftigen in dieser Stunde mit dem Rufe „Unser deutsches Vaterland, hurra, hurra, hurra!“ Von Duisburg begab sich Hindenburg nach Düsseldorf, wo eine ähnliche Feier stattfand.

SPD. Köln, den 18. September. (Eig. Draht.)

Die Empfangsfeierlichkeiten, die gegenwärtig im Ruhrgebiet zu Ehren des Reichspräsidenten veranstaltet werden, geben der „Rheinischen Volksmacht“ dem offiziellen Kölner Zentrumsblatt, Gelegenheit zu einer Kritik, in der wir folgende Sätze finden: „Man könnte sich einen Besuch mit diesem Zwecke in seinen äußeren Erscheinungsformen anders, schlichter und ruhiger, als er sich vollzieht, vorstellen. Gewiß ist es verständlich, daß sich in der Bevölkerung bei dieser Gelegenheit die Freude über das Befreitsein noch einmal lauter äußern will als es sonst, besonders in Westfalen, Sitte ist. Aber es laufen doch bei den Empfangsfeierlichkeiten und nicht so wenig bei ihrer Schilderung durch

Nachrichtenbüreaus, Dinge unter, die recht stark an die monarchistischen Reisen vergangener Zeiten erinnern. Eine geschickte Regie scheint mit Fleiß dafür gesorgt zu haben, daß die Reise des Reichspräsidenten aus einer Dankoiste bei der Bevölkerung zu einem Triumphzug für ihn werden sollte. Vergessen wir doch nicht, wie uns im Krieg und nach dem Kriege die Augen darüber geöffnet worden sind, welche Schaffren darin liegen, einen Nimbus um ein Staatsoberhaupt schaffen zu wollen, bei dem alles in den Nebeldunst eines herrückenden Scheins getaucht wird, der vor der Wirklichkeit nicht standhält.“

Diese Kritik ist sehr zutreffend, und sie gewinnt ungemein an Wert dadurch, daß sie in einem offiziellen Zentrumsblatt zu finden ist.

Passive Resistenz der sächsischen Eisenbahner.

Der Druck wirkt.

Berlin, 19. September (Radio.)

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Sachsen hat die Unzufriedenheit der Eisenbahnarbeiter zu schweren Verkehrsstörungen geführt. Auf den Güterbahnhöfen, insbesondere in Dresden, sind die Arbeiter um einen Druck auf die Reichsbahndirektion auszuüben zur Obstruktion übergegangen. Sie arbeiten nur noch unter peinlichster Befolgung aller Dienstvorschriften.

Die Folge ist, daß die glatte Abwicklung des Güterverkehrs ins Stocken geriet, und zum Teil fast unmöglich wird.

Auf dem Güterbahnhof Dresden sind infolgedessen nicht weniger als 50 Güterzüge nicht abgefertigt worden. Dadurch sind die Gleise stark verstopft. Die Reichsbahndirektion Dresden hat daraufhin nun von sich aus eine Lohnerhöhung angeboten, um die peinliche Störung zu beheben.

Das Heidelberger Programm.

Grundsätzlicher Teil.

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen heillosen Proletariat verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verblinden des Großgrundkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vorgegliederten Arbeitsprozess die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verleistungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riefenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariaten, sondern auch den Mittelstufen wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen, vorenthalten.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch einen Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich beständige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopistreiben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozess vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses bemüht das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch ihre Arbeit der Gesellschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschildert und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletariat, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erweiterte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erhebt der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluss des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitigen Vervollkommenung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zersplittertheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besteht die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerlässliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Rostlosigkeit der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Privilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, nicht sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem harmonischen und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In unabhängigen Ringen und Rufen auf politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebiet krebt sie zu ihrem Ziel.

Aktionsprogramm.

Verfassung.

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reiches. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundzüge aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Erziehung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Landesverwaltung. Die Grundzüge der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich beizubehalten sind.

Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsgesetzliches Landesverwaltungsrecht regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erheben die Gehälter ihrer Verwaltungsbereiche im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbstständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Obergerichtes in allen Landesfällen. Durch ein Reichskommunalgesetz und ein Reichsentscheidungsrecht sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessensvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteienjustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie: Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft. Erleichterung der Ehecheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Erziehung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozess Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvergehen, Zulassung der Berufung in allen Straffällen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe. Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerden.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik.

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche

ununterbrochene Ruhepause von mindestens 12 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erziehung von Notkinderarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehung, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt. Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung enger Beziehungen zwischen Weiterbildung und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Lastenverteilung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufbaut ist.

Insbesondere: Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steueranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik.

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswezens. Abbau des Schutzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güterauslaufes und des wirtschaftlichen Zusammenhanges der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und kapitalistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersteht sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewalttätigen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur. Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

Der Heidelberger Parteitag.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Wir billigen allen den guten Glauben zu und auch den Willen, im Interesse der Partei zu handeln. Da nach sind diese Mitglieder in ihre vollen Rechte als Parteimitglieder wieder einzuführen. Das schließt ein, daß sie auch in der Presse und in den Versammlungen wieder die Möglichkeit haben, an die Masse der Parteigenossen heranzukommen. Auf der anderen Seite muß der Parteitag die Erwartung aussprechen, daß die Mitglieder der Mehrheit der Landtagsfraktion alle Versuche von Sonderkonferenzen in Zukunft unterlassen und die Fühlung mit den Massen der Parteigenossen wieder aufnehmen. Dabei ein Wort über die Frage der Disziplin: Von den Gegnern der 23 wird ihnen Disziplinlosigkeit vorgeworfen. Die Vertreter der 23 sagen, daß sie als Landtagsabgeordnete in entscheidenden politischen Situationen erst nach ihrem politischen Gewissen und ihrer Überzeugung handeln müssen und daß sie in Uebereinstimmung mit den Anweisungen und Vorschlägen des Berliner Parteivorstandes gehandelt haben. Disziplin dürfe nicht so weit gehen, daß, wenn damit unvernünftige, unverständliche Beschlüsse gefaßt würden, führende Genossen gehalten wären, sie durchzuführen. Ich glaube, daß in diese Frage eine gewisse Zurückhaltung hineingetragen worden ist. Selbstverständlich muß jeder Genosse in führender Stellung in der Partei und besonders die Abgeordneten in vielen Fällen sich ganz selbständig entscheiden. Aber das darf niemals so weit gehen, daß Genossen in führenden Stellungen sich dauernd in Widerspruch zur Haltung der Gesamtpartei und der Organisation setzen. Immer wieder muß ich das, was ich getan und vertreten habe, auch vor den Massen der Parteigenossen rechtfertigen. Wenn ich mich dauernd von den Massen loslöse, bin ich nicht mehr Führer, sondern sehe ohne Gefolgschaft da. Das ist ein unhaltbarer, untragbarer Zustand. (Lebh. Zustimmung.) Wie in der Kommission sind uns einzig darüber, daß in bezug auf Disziplin von einzelnen Genossen unter den 23 Ansichten entwickelt sind, die wir nicht billigen können. Wir wollen, wie gesagt, unter der Vergangenheit einen Strich machen, aber wir erwarten, daß die 23 und alle anderen Genossen in Zukunft in grundlegenden politischen Fragen sich der Entscheidung der Parteigenossenschaft, sowie sie auf Grund der Organisation getroffen ist, fügen. (Sehr richtig!) Wenn ich das nach meiner Überzeugung nicht mehr vertreten kann, was die Parteigenossen wollen, dann sage ich: Ich lege mein Amt in Eure Hände zurück. (Lebh. Zustimmung.)

Wir haben heute vormittag in einer letzten Sitzung mit den sächsischen Genossen beider Richtungen unseren Antrag vorgelegt, und haben sie ersucht, sich einmal hinter die Gesamtpartei auf den Boden dieses Beschlusses zu stellen, der ihnen bereits gestern zur Kenntnis gegeben worden war. Dabei hat Genosse K r z i namens der Sachsen erklärt, daß es ihnen nicht möglich sei, diesen Antrag der Kommission gewissermaßen zu unterschreiben (Hört, hört!), daß aber, wenn der Parteitag ihn beschließen würde, sie ehrlieh und loyal sich seinen Beschlüssen fügen und ihn zur Durchführung bringen würden. (Bravo!) Auch die Vertreter der Fraktionsmehrheit haben erklärt, daß sie Bedenken gegen einzelne Teile des Antrages hätten, daß sie aber im Interesse der Lösung des Konfliktes bereit seien, sich auf den Boden dieses Antrages zu stellen. (Bravo!) Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag möglichst einmütig anzunehmen. So darf es nicht weitergehen. Wir haben mehr zu vertreten als Augenblicksinteressen. Wir müssen unsere Kräfte zusammenfassen, damit wir Erfolge erzielen können in der politischen Gegenwartsarbeit bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus in der Zukunft. (Lebh. Beifall.)

B e h e l - Chemnitz gibt im Namen von 53 Delegierten der sächsischen Delegation nochmals eine lange Erklärung ab. Darin wird die ganze Streitfrage mit äußerster Schärfe von neuem aufgerollt. Unter großer Unruhe und stürmischen Widerstand des Parteitages nimmt er gegen den Vorschlag der Kommission Stellung, erklärt aber zum Schluß: Falls der Parteitag so beschließen würde, würden auch sie sich fügen.

M a r u m - Karlsruhe: Als Vorsitzender der Sachsenkommission habe ich die einzelnen Mitglieder jetzt nicht mehr sprechen können, aber ich bin überzeugt, alle Mitglieder der Kommission werden billigen, was ich jetzt sagen werde: Wir bedauern aufrichtig die Erklärung, die wir soeben gehört haben. (Lebh. Zustimmung.) Wir haben lokalweise den beteiligten Genossen gestern vertraulich den Entwurf unseres Antrages zugeleitet, und als heute die sächsischen Genossen mitteilten, daß sie eine Erklärung abgeben würden, habe ich sie gebeten, diese Erklärung dem Sachsenauschuß oder wenigstens mir zu zeigen. Nicht als ob wir eine Zensur ausüben wollten, sondern weil wir verhindern wollten, daß diese Erklärung neue Schärpen in den Konflikt bringt. Bedauerlicherweise haben die sächsischen Genossen das nicht getan. (Hört, hört!) Sachlich möchte ich sagen: Was in der Erklärung drinsteht, ist alles im Ausschuß vorgetragen worden. Der Ausschuß hat es gefasst, und trotzdem einmütig seine Entscheidung gefällt. Aus dieser Tatsache können Sie die Stellung des Ausschusses zu den aufgestellten Behauptungen entnehmen. Will man den Beschluß loyal durchführen, darf man nicht von neuem Del ins Feuer gießen. (Sehr wahr!) Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder ist unser Beschluß nur ein bedrucktes Blatt Papier, und diese Möglichkeit wird dann zur Wahr-

heit, wenn die Beteiligten derartige Erklärungen abgeben und die alte Schärpe beibehalten. (Stürmische Zustimmung.) Oder aber der Beschluß wird loyal durchgeführt zum Nutzen der Partei. Dann muß man einmal die Hände in die Taschen stecken und den Mund halten. Nur dann kann Friede in Sachsen werden. (Lebh. Zustimmung.) Im letzten Absatz unseres Antrages steht ein Ausdruck des Vertrauens zu allen beteiligten Genossen. Das ist entweder eine Phrase oder es wird Wahrheit. Wahrheit wird es aber nur, wenn sich alle Beteiligten ehrlieh Mühe zum Frieden geben. Wie die Sachsen es heute gemacht haben, so geht es nicht. Ich beantrage, über die ebengehörte Erklärung zur Tagesordnung überzugehen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender W e l s : Als der Parteitag am ersten Verhandlungstage nach Anhörung zweier Generalredner die Sachsenfrage mit allen Anträgen der Kommission überwies, wollte er nach Möglichkeit den Parteitag entlasten und eine Vertiefung der Gegensätze vermeiden. Dieser einstimmige Beschluß des Parteitages bindet mich auch heute, eine neue Debatte nicht zuzulassen — trotz der abgegebenen Erklärung (Zurufe bei der sächsischen Delegation). Ich kann mir nicht denken, daß ein Mitglied der sächsischen Delegation glaubt, den übrigen Parteitag so rücksichtslos behandeln zu dürfen, daß man ihm ein Schweigegebot auferlegt, sich selbst aber das Recht zu einer solchen Erklärung nimmt. (Lebh. Sehr richtig!) Ich weiß, welche Aufgabe der Parteivorstand mit der Annahme der Resolution auf sich nimmt. Im vergangenen Jahre ist unsere Arbeit durch die Inanspruchnahme mit dem sächsischen Parteifreitag manchmal geradezu lahmgelegt worden. Das Mätrikium, das wir ausstehen haben, endet heute mit der Zurückweisung der Angriffe auf den Parteivorstand durch den einstimmigen Beschluß der Sachsenkommission. Wenn auch der Parteitag möglichst einmütig diesem Beschluß beitrifft, wird er dem Parteivorstand die Rückgabe geben, die er braucht, um den Willen der Gesamtpartei in seiner schlichtenden Tätigkeit in Sachsen durchzuführen. (Lebh. Beifall.)

Französischer Ministerbesuch in Berlin.

Der französische Unterrichtsminister de Monzie (im Bilde links), der als erster französischer Minister nach dem Krieg in Berlin war, um sich mit dem preussischen Kultusminister Becker über Kulturfragen zu unterhalten, und nebenbei allerhand politische Nebengeschäfte zu erledigen.



Der Parteitag beschließt mit sehr großer Mehrheit, keine weitere Debatte zuzulassen. Der Antrag der Sachsenkommission wird mit allen Stimmen gegen die der 53 sächsischen Delegierten angenommen. (Stürmische Zurufe und große Bewegung.)

Vorsitzender W e l s : Zu diesem Entlastungsantrag lag kein Antrag vor, nachdem die sächsischen Delegierten hatten erklären lassen, daß sie gegen den Antrag stimmen würden. Ich bitte, die Genossen etwas mehr zu meistern. Ich richte aber an die Genossen der sächsischen Organisation von hier aus die Aufforderung, wahr zu machen, was am Schluß ihrer Erklärung steht: Daß sie im Interesse der Einigkeit helfen wollen, die Beschlüsse des Parteitages loyal durchzuführen. Möge ihre heutige Erklärung das letzte vergessene Wort im Sachsenpartei Streit gewesen sein. (Lebhafter Beifall. Zurufe bei den Sachsen: Das haben wir ja ausdrücklich erklärt!)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

Das Geheimnis der Stilllegungen.

Ober: Wie verschärft man die Wirtschaftskrise?

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, deren Ursachen zum Teil in dem Rückgang des Kohlenverbrauchs infolge technischen Fortschrittes liegen, wird in stärkstem Maße vor allem von der Schwerindustrie ausgeht, um gegen die Sozialpolitik der letzten Jahre Sturm zu laufen. Das Geschick des Unternehmensums über die angeblich zu hohen sozialen Lasten vertritt sich in letzter Zeit in geradezu erschreckender Weise und trägt so zu der Hege gegen den sozialen Fortschritt, vor allem gegen den Achtundzestag bei.

Es ist sicher, daß in sehr vielen Fällen Betriebsstilllegungen oder Einschränkungen lediglich in der Absicht vorgenommen werden, die Arbeiterkraft zu sparen und um die Regierung zu Maßnahmen im Sinne der Forderungen der Industriellen zu veranlassen. Die Strupellosigkeit, mit der die Arbeitgeberverbände ihre Kämpfe führen, beweist der Inhalt eines Rundschreibens, welches der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller unterm 21. Juli ds. Js. als „Rundschreiben Nr. 30/25 R.“ an seine Mitglieder versandt hat. Wir geben das Rundschreiben in seinem vollen Wortlaut wieder, denn es spricht für sich selber:

„Der Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 18. Juli 1925 nach eingehender Aussprache folgendem Beschlusse des Vorstandes vom 6. 7. 1925 angeschlossen:

„Für den Fall, daß der Schiedspruch vom 25. 6. 1925 über die Löhne für verbindlich erklärt wird:

Den Mitgliedswerten wird unter Vertragsstrafe auferlegt, gemäß den Beschlüssen einer vom Vorstand einzusetzenden Kommission eine der Erhöhung der Tariflöhne entsprechende Herabsetzung der Belegschaftsziffer vorzunehmen.“

Der Ausschuß wählte in die Kommission, die bindende Richtlinien zur Ausführung des Beschlusses aufstellen soll, nachstehende Herren:

- Direktor Brünninghaus, Dortmund, Eisen- und Stahlwerk Hordahl,
- Geheimrat Dr. Gunk, Essen, Friedr. Krupp A.-G.,
- Konsul Dr. Klönne, Dortmund, Aug. Klönne,
- Generaldirektor Knackstedt, Ddorf, Hein. Lehmann u. Co.,
- Dr. Krüger, Düsseldorf,
- B. Poensgen, Düsseldorf, Phoenix A.-G.,
- Direktor Schreiber, Duisburg, Phoenix A.-G.,
- Direktor Stahl, Duisburg, Deutsche Maschinenfabrik,
- Direktor Walter, Gelsenkirchen, Gutehoffnungshütte.

Als Stichtag für die Feststellung der Belegschaftsziffer zur Vornahme der Entlassungen gilt der 1. Juli 1925, der Beschluß ist bis 15. August 1925 durchzuführen.

Für die Durchführung des Beschlusses sind die örtlichen Kommissionen einzusetzen. Unbillige Härten sollen bei der Durchführung der Verminderung der Belegschaft vermieden werden.

Ergänzend teilen wir Ihnen mit, daß nach Feststellung der obengenannten Kommission die Lohnerhöhung durchschnittlich 5 Prozent ausmacht.

In der Anlage überreichen wir Ihnen ein Gutachten über die rechtlichen Vorarbeiten, die für die Einschränkung in Betracht kommen, sowie zwei Beispiele für die an die Demobilisierungsbefehlsbehörde zu erstattenden Anzeigen.“

Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes haben bei den kürzlich stattgefundenen Arbeitszeitverhandlungen mit den Arbeitern sehr energisch bestritten, daß sie einen bindenden Beschluß gefaßt hätten, ihre Belegschaft gemäß der Erhöhung der Löhne durch den Schiedspruch vom 25. 6. einzuschränken. Das vorstehende Rundschreiben zeigt, was man von den Vertreterungen der Vertreter der Arbeitgeberverbände zu halten hat.

Wir sind neugierig zu erfahren, ob die Herren Regierungspräsidenten, die die Anträge auf Betriebseinschränkungen oder Stilllegungen nachprüfen haben, nach Bekanntwerden des obigen Rundschreibens die inzwischen gegebene Zustimmung zu Einschränkungen wohl zurücknehmen werden.

Lebenstunde

Roman von Alfred Schirokauer.

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Ganz vorsichtig, halb unter den Tisch gebückt — sozusagen als Unterseeboot — nahm er seinen Kurs um den Tisch herum und nun drauf und dran. Da lag sie an seiner Brust und der Feind war vergessen. Doch das Sägewerk stand plötzlich still. Wie ein studierter Mann immer wieder die Rote des Abiturientenexamens im Traume durchschiffte, so durchsegelte der alte Klaus Barjen immer wieder die schweren Seen seiner jungen Ehe. Jetzt lag sie ja seit langen Jahren auf dem sturmgefesteten kleinen Kirchhof in den Dünen, die heftige rote Cora. Zu ihrer Zeit aber war sie ihm an Klugheit überlegen gewesen und weil sie es war, hatte sie es wohl gewußt. Er hatte manchen hochschäumenden Jörnischwall über sich niedergehen sehen, gegen den eine Sturzwellen, die sein Fischerboot ertränkte, eine fröhliche Kurzweil war. Und noch jetzt rauschte und gurgelte es immer wieder durch seine Verbauungsträume. „Weißtst du, verdammt“, schrie er und erwachte. Mit der verkrüppelten Rückseite der Zeigefinger frottierte er sich die Augen und sah sich blinzeln in der Stube um. Und schon brüllte er, daß die Fenster zitterten: „Bande, Krappzeug, Pack“ und ging mit vollen Segeln auf den Tisch los. Die Genieser stoben voneinander. „Komm her, du“, grüßte der Alte, sagte das Mädchen am Schulterblatt und stieß sie in die Mitte des Zimmers. Dann bohrte er die Fäuste in die Hüften und wütete, blaues Sankt Elmsfeuer unter den weißen Buschen der Brauen gegen die Wilddiele los: „So'n Wolf, so'n Wolf. Raum, daß man die Augen schließt.“ Unterdessen arbeiteten Brigittens grüne Lichter wie ein Radio-Apparat. Tom war kein Dummkopf und Funkenprüge waren ihm von der Marine her wohl vertraut. Zaudernd und bedächtig zackelte er hinter dem Tisch hervor, trat zu dem Alten, machte allerhand wunderliche Verrenkungen mit den Armen und Knien, schluckte, daß der Adamsapfel wie der gut-gedölte Kolben einer Maschine auf und niederlief, warf seine blauen Augen im

Zimmer umher wie ein Taschekünstler seine Fingerringe und brachte trotz aller Kraftvergeutung kein Wort hervor. Der Alte maß ihn von dem blonden Haarschopf bis herab zu den Giesantersohlen der Wasserstiefel und fragte barh. „Was quirlst du umher wie eine Welle über'm Riff, he?“ Da schoß es aus dem Burzchen heraus, wie das Torpedo aus dem Rohr: „Ich will sie heiraten!“ „Wen?“ schrie Barjen. Die Frage drohte wie eine gähnende schwarze Geschnümmündung. „Nicht!“ rief Brigitte dazwischen. Ihre Stimme war wie ein letzter Sonnenstrahl, ehe das Unwetter losbricht. Tom nickte gewaltig. „So?“ brummte der Alte unerwartet sanft, „heiraten willst du die Brigitte? So? hm. Ne, mein guter Junge, da wird nichts draus.“ Und als die weiße gestärkte Haube eine rasche Bewegung machte, wie einen diktierenden Flügelschlag, brüllte er los, als gälte es, einen Orkan zu überlöhnen. „Nein, sag' ich, daraus wird nichts. Haben Glend genug auf der Insel. Noch eine Sippchaft von Hungermäulern stiften. Haben jetzt schon nichts zu brechen und zu beißen. Ne, daraus wird nichts.“ Da rief Brigitte, als führe sie einen Schwertstreich, der jeden Einwand niederhauen mußte: „Water, er hat Esparnisse.“ „Was hat er?“ Barjen rief verdutzt die entzündeten Augen auf. „Zeig' sie ihm“, ermunterte das Mädchen. Flugs entnahm der Junge Fischer der Gefäßtasche seiner Lederhose ein rotes Schnupfglas mit einstmaligen runden, weißen Kreisen, die jetzt schwarzen Marmeln ähnelten. Der Alte beugte seinen Stiernacken vor und beobachtete voller Spannung, wie die ungelungenen Finger des Burschen einen Knoten nach dem anderen seines Taschentuches lösten. Brigitte stand dabei mit phosphorzierenden Augen. Jetzt wich die letzte Schlinge und da — der alte Klaus trat einen Schritt näher — da lag Tom Pieterjens Barjschaft, da lag sein Bankdeport, das er der Not dabeim mit tausend Kniffen abgerungen hatte seit Jahr und Tag, seitdem er sich mit dem atemraubenden Plane trug, diese grünen Laternen an sein Behenschniff zu hängen.

„Siehst du“, flüsterte das Mädchen triumphierend zu dem Alten hinüber. Der aber streckte verächtlich die Hand aus, zeigte auf den Papierhaufen in dem roten Luch und fragte schneidend: „Daraufhin willst du heiraten?“ „Es sind“, stotterte Tom, „es sind zwölf Mark und fünfunds vierzig Pfennige.“ Diesen gewichtigen Worten sprangen die Blicke der beiden jungen Leuten nach, voll Gier, die erlösende Wirkung in Vater Barjens Jügen zu lesen. Doch nun war der Alte fuchsteufelswild geworden. „Dummes Volk“, wetterte er los, „daraufhin wollt ihr heiraten? Wo du kein Boot hast.“ Und in der Furcht des Geizes nordischer Dörfler rief er, beide Hände flach abwehrend, von sich haltend: „Mir wollt ihr auf der Tasche liegen, was? Wo ich selber seit Monaten kein Stück Fleisch mehr gesehen habe. Wo es mir knapp zu muffigen Kartoffeln und Dörriß reicht. Ich kann euch nicht durchfüttern. Ich tu's auch nicht. Und wenn du draußen erlaufft, habe ich deine ganze Bagage auch noch auf dem Hals.“ Die Haschucht trieb dem schweisigen Manne die Blut der Abweisung auf die Lippen. Tasungslos stand das junge Paar. Es begriff noch immer nicht, daß der Schlag in dem Taschentuche nicht als Zaubermittel jeden Widerstand gebrochen hatte. Seit Wochen hatten sie von nichts anderem gesprochen, als von der verblüfften Freude Vater Barjens, wenn er von diesem Chefjundamente erfuhr. Nun waren sie vernichtet. Endlich rang sich Brigittes flinker Verstand aus der Lähmung. „Water“, unterbrach sie den Wortschwall des Alten, „hast du nicht immer gesagt, daß Tom der tüchtigste Seemann der ganzen Insel ist?“ „Is er is er“, tobte der Vater, „sag' ich noch heute. Aber was nützt alle Tüchtigkeit, wenn die Galunken da draußen uns den Verdienst vor der Nase wegschnappen. Hast er'n Boot? Meins brauch' ich selbst. Und Halbpant wird nicht gemacht. Daß ich betteln gehen muß, wenn ich alt bin, hä? Das willst du wohl — du — hä?“ (Fortsetzung folgt.)

KORNBRENNEREI BUNTEKUH

TAFEL-KORN 42% TAFEL-AQUAVIT 42% TAFEL-KÜMMEL 42%

Telefon: 321 und 843

Friedensqualität: Hergestellt aus bestem Korn und Darrmalz

Lieferung frei Haus

Leihhaus Huxstr. 113
kauft man billig, getragene (8409)

Herren-, Damen- und Armband-Uhren
Verlobungsringe, Herrenanzüge, Überzieher, Damenkostüme, Mäntel usw.

Kartoffeln für Winterbedarf

jede Sorte und Menge lieferbar
in bester Qualität und Sortierung.
Waggonabnahme zu besonders
günstigen Preisen.

Rechtzeitige Bestellungen erwünscht.
Paul Lütgens, Kartoffel-
großhandlg.
Mittelstraße 17 und Markthalle.
Fernruf 3244. (8440)

Fachbücher für Handwerker

- Schaltungsbuch für Schwachstromanlagen, Schaltungs- und Stromverlaufszeichnungen mit erläuterndem Text Preis RM 2.-
- Hilfsbuch für Maschinisten und Heizer. Ein Lehr- und Nachschlagewerk für jeden Berufsgenossen von E. Wurr. Preis RM 3.-
- Schaltungsbuch für elektrische Lichtanlagen von Dr. Bruno Thierbach Preis RM 3.-
- Hilfsbuch für die Dreherel von Otto Lippmann Preis RM 3.20
- Elektro-Praktikum, Ratgeber für praktische Messungen an elektrischen Apparaten und Maschinen von William Seibt Preis RM 3.-

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Kronsbeeren
prima Ware billigst. (8441)
Paul Lütgens, Fernruf 3244,
Großhandlung Großmarkt,
Mittelstraße 17 und Markthalle.

Der Krieg im Jahre 1930

Eine Schilderung seines wahrscheinlichen Verlaufs von
Generalmajor v. Schoenaich
Preis 50 Pfennig
Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Oefen (8405)
Herde
Grudeherde
Gaskocher
Wand- und Fußbodenplatten
Adolf Borgfeldt, Lübeck
Tel. 672 Mühlenstr. 36/46 Tel. 678

Hurt Offenburg
11/10
Elf-Zehn
ein zeitgenössischer Roman
Ganzleinen RM 5.-
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

S O E B E N E R S C H I E N I

Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Russland und Georgien

Preis 2.50 Ma.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46



Pelz-

Reparaturen
Modernisieren
Neuanfertigung

zur Kürschnerarbeiten!
Ferd. Kauffeld
Ob. Wahnstraße 11

Kinder-Bettstellen
weiß, mit Gitter,
von 17.75 bis 65.-
Große Bettstellen
von 16.50 bis 75.-
Gebrüder Hefti
Unterstraße 111/112
1. Stock, kein Laden,
b. d. Poststr. (8415)

Knaben-Anzüge
vorteilhaft (8286)
EG-Bekleidungs-
werkstätten
Engelsgrube Nr. 44

Emaillewaren

für Haus und Küche
in unserem Lagerverkauf
heute noch die große Auswahl von kürzlich
hereingenommenen Waggonen zu den
bekannt billigen Preisen

Eilen Sie
es ist nur Ihre Vorteil
und veräumen Sie nicht wieder die so
selten gebotene Gelegenheit
Kein Laden Nur Speicherverkauf
Lübecker Emaille-Zentrale
Obere Bedergrube 11 (8476)

Der Senkinggasherdt
die Qualitätsmarke
das alleinige Verkaufslokal
Adolf Borgfeldt
Mühlenstraße (8410)

Prima wohlschmeckende gelbe
Industrie-Speisekartoffeln
vom Sandboden verkauft laufend ab Hof zum
Einkellern für den Winterbedarf in kleineren
und größeren Mengen zu Tagespreisen. (8189)
Hilgenstock, Hof Dauert.

Nur das Gute bricht sich Bahn
„Nimbus“-Fahräder
geliefert an Reichswehr, Post u. div. Großbetriebe
Herrenräder
allerb. Ausführung, Garantie 90.- 97.-
Damenräder
allerb. Ausführung, Garantie 96.- 103.-
Schnoor & Petersen
Filiale Lübeck, Pfaffenstraße 2
Geöffnet von 8-7. Kein Verkauf an Händler.

Das Aufwertungsgefeß
Reichsgefeßblatt vom 17. Juli 1925
Preis 40 Pfennig
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

KAMMEROFEN - KOKS
LIEFERT
HERMANN BLUNCK G.M.B.H.
MÜHLENSTRASSE 34
FERNRUF 8378 UND 8670

Biochemie als Heilfaktor
Von Dr. Ludwig Sternheim
Arzt in Hannover
Preis 50 Pf.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Zur Aufklärung!

Konsumvereine Beamte und Angestellte!

Bei einer Aussprache mit Vertretern der Beamten- und Angestelltenorganisationen am 10. Juli nahm auch der Reichskanzler Dr. Luther das Wort. Er sah in der gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend größeren Spannung zwischen Erzeugerpreis und dem den Verbrauchern abgenommenen Ladenpreis einen sehr ernsten Punkt, der wesentlich zur Erschwerung der wirtschaftlichen Lage beitrage. Leider sei allen behördlichen Maßnahmen und Versuchen, in der Richtung verbessernd zu wirken, kein wesentlicher Erfolg beschieden gewesen. Mehr verspreche er sich von der Wirksamkeit der Konsumvereine, und er meine, daß auch die Beamenschaft durch weitgehende Unterstützung der Konsumvereine auf diesem Gebiete bessernd wirken könne



Die Mitgliedschaft unseres Vereins kann durch Zahlung von 1 RM Eintrittsgeld erworben werden. Wer schon Mitglied ist fördert unsere Bestrebungen durch regelmäßigen Warenbezug. Ueber 100 000 Köpfe der Bevölkerung werden schon von uns versorgt

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Freistaat Lübeck

Sonnabend, 19. September.

„Was mancher nicht weiß!“

Diese Rubrik, in einer gewissen Sorte von Blättern für Schradhänger mit Hingabe gepflegt, ist herrlich und des Schweißes der Erde wert.

Aus dieser Rubrik erfährt besagter Mitmensche, daß z. B. die meisten Rehböde der weiland Friedensfürst Wilhelm von Amerongen geschossen hat. Oder, daß der Konsum der Vereinigten Staaten von Amerika an Haarnadeln jährlich 638 765 497 264 012 439 876 001 Stück beträgt, so daß auf den Kopf der Bevölkerung pro Tag 0,1593 Stück entfallen, während der Deutsche nur 0,123 Haarnadeln im Tag verkauft, was Hände spricht für die größere Gewissenhaftigkeit und den Sparsinn des deutschen Volkes. Oder, daß eine 2000 Meter hohe Stange, auf den Boden gelegt, genau zwei Kilometer lang ist. Oder, daß es bis heute noch nicht möglich war, die Hühneraugenbesitzer statistisch zu erfassen.

Diese Rubrik kann nur im Lande der Denker und Dichter ein so raffineszierendes Dasein führen. Sie kann sich so beschaulich nur in Blättern aalen, deren Leser jahrzehntelang mit der dünnen Milch der frommen Denkart gesäuert worden sind. Weil über dem Strich das Wissensnotwendige unterzulegen werden muß, muß unter dem Strich mit solchem Wissensjurrogat auf den Strich gegangen werden. Weil die Gefahr vorhanden ist, daß mit der Zeit auch dem kleinsten Gehirn angestammter Leser die Dünne und Fadedheit des politischen Teils nicht verborgen bleiben könnte, wird unterm Strich ein Pseudo-wissenschaftlich serviert das der gutgezogene Zeitungsliteratur hinunterflügel, als wäre es eitel Kaviar und nicht ein Symbol für das, was der biedere deutsche Kleinbürger mit Bildung verwehrt: Lumpen- und Knochenjamsung auf geistigen Gebiete.

Dennoch ist an dieser Rubrik der Titel gut. Es gibt wirklich unheimlich vieles, was mancher nicht weiß, aber notwendig wissen müßte, ohne damit sein Gedächtnis zu belasten, ohne damit totem Wissenraum in sich aufzunehmen. Mancher müßte manches wissen, nur einen Augenblick lang müßte er es wissen. Einen Augenblick lang müßte er sein Gehirn belichten wie der Sonnenstrahl durch das photographische Objektiv die lichtempfindliche Schicht. Dann würden vielleicht irgendeinmal auf zufällige Reize hin die unsichtbar eingeklinkten Bilder Gestalt und Leben gewinnen.

Nur einmal, einen Augenblick lang müßte z. B. mancher wissen, daß der „Friedensfürst“ Wilhelm wirklich die meisten Böde — freilich nicht Rehböde — geschossen hat. Intenjo ein einziges Mal in sein Gehirn gekäht, bräute er diese Vorstellung sein Lebenlang nicht mehr los; eines Tages müßte sie ihm bewusst werden und seine Wilhelm- und vielleicht sogar Monarchenverehrung würde von ihr an- und ausgefressen. Aber wer äßt es diesem Menschen ein! Sein Leibblatt erzählt ihm nur, daß Wilhelm die meisten Rehböde geschossen hat. Und er erschauert in Ehrfurcht vor so viel Tüchtigkeit.

Manch einer weiß auch nicht, daß der von ihm wegen Annahme der höchsten Waffenstillstandsbedingungen — die genau so vom Generalstab diktiert und insolge dessen brutal waren wie die Ludendorff-Hoffmannschen von Brest-Litowsk — so geschmähte und verachtete Erzberger vor ihrer Annahme zu Hindenburg ging und von ihm den Auftrag erhielt, die Wänderung einiger Punkte zu versuchen; jedoch auch dann abzuschließen, wenn das nicht gelingen sollte. Dafür wurde Erzberger von Hindenburg-Verehrern erschossen. Mancher weiß das nicht, und es wäre doch so wichtig für die Zukunft des ganzen Volkes, wenn es jeder nur einen kleinen Augenblick lang intenjo wüßte.

Manch einer weiß nicht, daß ein General, wenn er im Kriege die Höhe satt hatte oder schlecht behandelt wurde — was bei dem Ansehen, der guten Kost und dem vorteilhaften Lohn-tarif dieser Branche selten genug vorkam — um seine Entlassung bitten konnte, wofür er dem, mit Recht deshalb Gemeiner genannten, einflussreichen Soldaten dies leider nicht möglich war, obwohl und weil sein Tarif und die ihm auferlegte Diät wie noch manches andre, ihn meist gern hätte auf Militär- und Kriegsdienst verzichten lassen. Vielen, vielen, unendlich vielen ist dieses einräde, aber heutzutage Verhältnis noch nie zum Bewußtsein gekommen; der General sagte: ich danke! und legte sich mit 20 000 Mk. Pension aufs Sofa; der gemeine Volksgenosse wurde bei derartigen Gelüsten oder Absichten als Vaterlands-verräter etikettiert und an die Wand gestellt. Ganz intenjo müßte das jeder einen Augenblick lang „wissen“.

Oder daß der Held Erich Ludendorff wegen immer gleich erfolgreicher Beteiligung an Weltkrieg, Kapp-Putsch und Hitler-Aktionen zu lebenslänglich 2000 Mk. Monatsrente von der deutschen Republik verurteilt wurde, während die infolge lang-jährigen Genusses von Dörrgemüse an Auszehrung leidende Krie-geswite Wiktoria untertan mit ihren drei unmündigen Kindern von derselben Republik mit der Erlaubnis zum Verkauf von Streichholzschichten ausgezeichnet wurde. Daß das einge-schriebene Mitglied der deutschen Republik Kronprinz Friedrich Wilhelm von Hohenzollern beim Tennisturnier in Baden-Baden lebhaft gefeiert wurde, während die Vereinigung toter Verdun-kämpfer (80 000 Mitglieder) ihren Vaten nur wegen körperlicher Behinderung noch nicht aufgeführt und mit Heulen und Zähne-flappern begrüßt hat.

Dies, ja, die, alles und noch vieles, vieles andre müßte man-cher wissen! Nur einen Augenblick lang, aber intenjo!

Professorsprecher. Der Sprecher war der große Schritt, mit dem wir uns im letzten Winter in die Wirklichkeit sozialistischer Kunstgestaltung hineinwarfen. Aufopfernde Mit-arbeit der Beteiligten, williges Mitgehen der ganzen Arbeiter-schaft machten ihn zu einem großen Erfolg. — Große Anforderungen stellt der vor uns liegende Winter an uns; die Gefährdung professorsprecher, der in Aussicht gestellte Besuch Ernst Tollers, die Pflicht, an der Veredelung unserer Seite tatkräftig mitzuwirken, verlangen den vollen Einsatz unserer Kraft. Der Sprecher muß breiter werden, muß mehr Männer, Frauen und Mädchen umfassen, soll er seiner Aufgabe gerecht werden. Alle, die bereit sind, hierbei mitzuarbeiten, werden gebeten, am nächsten Dienstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zur ersten Bespre-chung mit dem Gen. Heidmann zusammenzukommen.

Heute abend 8 Uhr findet der von der Jungsozialistischen Vereinigung veranstaltete K a m m e r m u s i k a b e n d statt. Kar-ten zum Preise von 20 Pfennig sind noch in beschränkter Anzahl an der Abendkasse, Glockengießerstraße 37 (nicht 13), zu erhalten.

Zum morgigen Freiballaufstieg auf dem Spielplatz Buniamshof. Alle Vorbereitungen für diese interessante luftspornliche Ver-anstaltung sind getroffen und nach 11-jähriger Unterbrechung wird wiederum ein Freiball seine Luftreise mit vier Insassen an-treten. Etwa 30 Bedienungsmannschaften sind bei der Füllung tätig. Während des Füllens kreist das Flugzeug „Adler von

Die Aenderung der Lohnsteuer.

Die neuen Bestimmungen ab 1. Oktober.

Durch das Steuerüberleitungsgesetz ist mit Wirkung vom 1. Juni 1925 die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 60 auf 80 M monatlich erfolgt. Die Familienermäßigungen wurden gleichzeitig für das zweite und jedes weitere Kind um je 2 Prozent ermäßigt, wenn der Steuerpflichtige ein Einkommen von nicht mehr als 250 M monatlich hat. Andernfalls tritt diese Ver-günstigung erst vom dritten Kinde ein. Diese Regelung enthielt eine außerordentlich starke Begünstigung der hohen Arbeitser-kommen. Das steuerfreie Existenzminimum wurde um so größer, je höher das Einkommen ist. Da außerdem dieses System bei den Grenzfällen schwer durchführbar war und Erleichterungsansprüche nach sich zog, sahen sich die Regierungsparteien unter dem Druck der sozialdemokratischen Kritik gezwungen, die Bestimmungen ab-zuwandern.

In der zweiten Lesung des Steuerausgesetzes beim Eincom-mensteuergesetz legten sie ihren Antrag vor, der die prozentualen Ermäßigungen durch feste Abzüge ersetzte. Da sie aber zugleich an dem geringen Existenzminimum von 80 M monatlich festhielten und die Ermäßigungsätze mit 7,50 M für die Ehefrau, 10 M für das erste, 20 M für das zweite, 30 M für das dritte, 40 M für das vierte und 50 M für das fünfte und jedes weitere Kind ebenfalls völlig ungenügend festlegten, ergab sich für alle Einkommen von etwa 150 M monatlich aufwärts statt einer Erleichterung eine Mehrbelastung. Zum Teil war sie sogar außerordentlich erheb-lich. Die Folge war eine starke Erregung bei den Lohn- und Ge-haltsempfängern. Das richtige Prinzip, für das die Sozialdemo-kratie stets eingetreten war, hatte also durch fiskalische Unghe-rigkeit und die soziale Rückständigkeit der Reichsregierung eine Form erhalten, die seine Annahme unmöglich machte.

Auch die Regierungsparteien und die Regierung sahen ein, daß ihre Beschlüsse unhaltbar seien. In den Plenarberatungen wurden sie deshalb neuerdings geändert. Das neue System ist eine Verbindung zwischen prozentualen Ermäßigungen und festen Abzügen. Es garantiert infolgedessen den unteren Lohn- und Gehaltsempfängern eine Mindestermäßigung für jedes Familien-mitglied, beseitigt aber nicht den Zustand, daß die Ermäßigungen bei den höheren Einkommen steigen. Der schwerste Fehler dieses Systems ist aber seine technische Kompliziertheit. Es ist infolge-desen fraglich, ob es dauernden Bestand haben wird, da seine Durch-führung besonders in Klein- und Mittelbetrieben recht schwierig sein wird. Für die beteiligten Lohnsteuerpflichtigen ist das Sys-tem so undurchsichtig, daß wahrscheinlich nur ein kleiner Teil zu einer eigenen Nachprüfung seiner Steuerleistung kommen wird. Ein Steuersystem aber, das die Beteiligten nicht in den Stand setzt, ihre Steuerleistungen nachzuprüfen, wird niemals das Ver-trauen erwerben können, ohne das die Lohnsteuer auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann.

Nach dem Einkommensteuergesetz wird vom 1. Oktober 1925 ab der Steuerabzug folgendermaßen geregelt sein:

1. Für den Steuerpflichtigen bleiben vom Arbeitslohn 50 M monatlich (12 M wöchentlich) als Existenzminimum, 15 M (3,60 M) zur Abgeltung der Werbungskosten und 15 M (3,60 M) zur Abgeltung der Sonderleistungen (Berufungsbeiträge usw.), insgesamt also 80 M (19,20 M) vom Steuerabzug frei.
2. Außer den unter 1 bezeichneten Beträgen bleiben steuerfrei:
 1. entweder (prozentuales System) je 10 Prozent des Be-trages, der über 80 M monatlich (19,20 M) hinausgeht, 2. oder (System der festen Beträge)
 - a) für die Ehefrau 10 M monatlich (2,40 M)
 - b) für das erste Kind 10 M monatlich (2,40 M)
 - c) für das zweite Kind 20 M monatlich (4,80 M)
 - d) für das dritte Kind 40 M monatlich (9,60 M)
 - e) für das vierte und jedes folgende Kind je 50 M m-onatlich (12 M).

Diese Regelung bedeutet, daß monatlich, bzw. wöchentlich mindestens folgende Beträge steuerfrei bleiben:

| | |
|---------------------------|-----------------|
| lediger Steuerpflichtiger | 80 M (19,20 M) |
| Verheiratet ohne Kind | 90 M (21,60 M) |
| Verheiratet mit 1 Kind | 100 M (24,— M) |
| Verheiratet mit 2 Kindern | 120 M (28,80 M) |
| Verheiratet mit 3 Kindern | 160 M (38,40 M) |
| Verheiratet mit 4 Kindern | 210 M (50,40 M) |

Für jedes weitere Kind bleiben weitere 50 M monatlich (12 Mark) steuerfrei.

Von dem Arbeitslohn, der nach Abzug dieser Freibeträge ver-bleibt, sind stets 10 Prozent als Steuer einzubehalten.

Welches System für die Berücksichtigung des Familienstandes anzuwenden ist, das der festen Abzüge oder der prozentualen Er-mäßigungen, richtet sich stets danach, welches System im einzelnen

Fall für den Steuerpflichtigen in seiner Gesamtheit günstiger wirkt. Bei den niedrigeren Einkommen wirkt das Sys-tem der festen Abzüge günstiger, bei den höheren das System der prozentualen Ermäßigungen. Je nach dem Familienstand er-gibt sich ein bestimmter Schnittpunkt, d. h. eine Einkommens-grenze. Unterhalb des Schnittpunktes wirkt das System der festen Beträge günstiger, oberhalb des Schnittpunktes das prozentuale System. Diese Einkommensgrenzen ergeben sich aus der nachste-henden Tabelle:

| Ehefrau | Familienstand verheirateter Arbeitnehmer, lediger oder ver-mittelter Arbeitnehmer: | | Jahres- | | Monats- | | Wochenarbeitslohn | |
|-----------|------------------------------------------------------------------------------------|--------|---------|---------|---------|--------|-------------------|--|
| | 2160 | 180 | 41,54 | 2160 | 180 | 41,54 | | |
| 1 Kind | 2160 | 180 | 41,54 | 2160 | 180 | 41,54 | | |
| 2 Kinder | 2560 | 213,33 | 49,23 | 2760 | 230 | 53,08 | | |
| 3 Kinder | 3360 | 280 | 64,57 | 3760 | 313,33 | 72,31 | | |
| 4 Kinder | 4080 | 340 | 78,46 | 4560 | 380 | 87,69 | | |
| 5 Kinder | 4560 | 380 | 87,69 | 5040 | 420 | 96,92 | | |
| 6 Kinder | 4902,86 | 408,57 | 94,29 | 5360 | 446,67 | 103,08 | | |
| 7 Kinder | 5160 | 430 | 99,23 | 5588,57 | 465,71 | 107,47 | | |
| 8 Kinder | 5360 | 440,67 | 103,08 | 5760 | 480 | 110,77 | | |
| 9 Kinder | | | | 5893,33 | 491,11 | 113,33 | | |
| 10 Kinder | | | | | | | | |

Aus dieser Tabelle sind die Lohnbeträge ersichtlich, bei denen je nach dem Familienstand die Berechnung der Steuer nach dem einen oder dem anderen System zu demselben Ergebnis führt. Hier kann also auch für die Berechnung der Steuer das eine oder andere System angewendet werden. Bei Löhnen, die höher sind, als die in der Tabelle für den betreffenden Familienstand angege-benen Beträge, muß daher das prozentuale System angewendet werden, weil es hier günstiger wirkt, als das System der festen Beträge; bei Löhnen, die niedriger sind, muß das System der festen Beträge angewendet werden, da es hier günstiger wirkt.

Wie das System in der Praxis anzuwenden ist, zeigt folgen-des Beispiel:

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kin-dern bezieht einen Jahresarbeitslohn von 3360 M. Das ist ein Grenzfall, bei dem beide Systeme zum selben Ergebnis führen:

a) prozentuales System:

| | |
|-----------------------|--------|
| 3360—960 | 2400 M |
| — 4x10 Proz. von 2400 | 960 M |
| | 1440 M |

Hiervon beträgt die Steuer 10 % = 144 M

b) System der festen Abzüge:

| | |
|---------------------------------------|--------|
| 3360 — 960 Existenzminimum | |
| — 120 für die Ehefrau | |
| — 120 für das erste Kind | |
| — 240 für das zweite Kind | |
| — 480 für das dritte Kind | |
| 3360 — 1920 = | 1440 M |
| hiervon beträgt die Steuer 10 Proz. = | 144 M |

Bezieht der Arbeitnehmer statt 3360 M nur 3000 M, so ist das System der festen Beträge anzuwenden, da hier eine Steuerpflicht von nur 108 M besteht, während nach dem prozentualen System 122,40 M zu zahlen wären. Bezieht jedoch der Arbeitnehmer statt 3360 M 3720 M, so ist das prozentuale System anzuwenden. Er zahlt nach ihm 145,60 M, während nach dem System der festen Abzüge 180 M zu zahlen wären.

Diese Darstellung bestätigt die ungeheure Kompliziertheit des neuen Systems; besonders bei der Masse der Wochenlohneempfänger geht jede Uebersichtlichkeit verloren. Die Sozialdemokratie hat alles versucht, um die Regierungsparteien davon abzubrin-gen, dem Lohnabzug eine Form zu geben, die in der Praxis un-übersehbar die Schwierigkeiten ergibt und die mittleren Gruppen höher belastet als bisher. Das ist aber leider nicht gelungen. Reichsregierung und Regierungsparteien wollten nicht, daß die Lohnsteuer wesentlich ermäßigt werde. Hätten sie sich entschlossen, entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag das steuerfreie Existenzminimum auf 100 M monatlich festzusetzen, und für die Familienangehörigen ausreichende feste Ermäßigungen von 30, 40 bzw. 50 M monatlich zu gewähren, so wäre das System der festen Abzüge leicht durchzuführen. Denn es ist das einzige System, das einfach und übersichtlich ist und sozialen Grundfächer entspricht. Aber gerade weil es voraussetzt, daß den unteren Lohn- und Ge-haltsempfängern so ausreichende Ermäßigungen zugesprochen wer-den wie den oberen, leichten Reichsregierung und Regierungsparteien die sozialdemokratischen Vor schläge ab. Die unausbleib-lichen Entschärfungen für die Lohnsteuer müssen sie selbst verant-worten. — Paul Herk, M. d. R.

Lübeck des Lübecker Vereins für Luftfahrt über dem Ausstiegs-platz und begleitet den Ballon. Die Regimentskapelle konzertiert während der Füllung.

Die Fürsorgestelle für Geschlechtskranke, die die Landesver-sicherungsanstalt der Hansestädte errichtet hat, ist von der Düve-lenstraße 21 nach Parade 1, 2. Obergeschloß, (Schloß Rankau) verlegt worden. Die Sprechstunden werden wie bisher Mitt-wochs abgehalten, und zwar für Frauen von 5½ bis 6½ Uhr nachmittags, für Männer von 7 bis 8 Uhr abends. In der für das gesamte Staatsgebiet Lübeck errichteten Fürsorgestelle werden alle an einer Geschlechtskrankheit leidenden reichsgeho-rig versicherten oder diesen wirtschaftlich nahestehenden Personen und deren Angehörige unentgeltlich und streng vertraulich untersucht und beraten. Behandelt wird in der Fürsorge nicht. Die erste Sprechstunde in den neuen Geschäftsräumen findet im Mittwoch, dem 23. September, statt.

Der Biochemische Verein Lübeck hielt am Freitag seine Mo-natsversammlung im Turnerschaftsheim ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Göhr, berichtete u. a. über die in Hannover stattgefundene Bran-desvorstandssitzung, welche sich in der Hauptsache mit dem im Reichstag zu Beratung stehenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beschäftigte. — Für den am 18. Oktober in Schwerin stattfindenden wissenschaftlichen Bezirkstag wurden in Anbetracht der lehrreichen Vorträge 8 Delegierte gewählt. — Es wurde noch bekanntgegeben, daß die Sprechstunden des Arztes wie folgt geändert sind: vormittags von 10—12 Uhr und nach-mittags von 4—6 Uhr. Sonntags fallen die Sprechstunden aus; auch ist an diesem Tage die Geschäftsstelle geschlossen. — Für die nächste am 9. Oktober stattfindende Versammlung ist wie-der ein Vortrag seitens unseres Arztes in Aussicht genommen.

Samariter-Arzt. Bei der Raffinesse der heutigen Kultur ist das Dasein eines ganzen Volkes wie eines Einzelnen dauc-rig. Daher ist es größte Selbstverständlichkeit, daß wir aufs beste die Fähigkeiten und Kenntnisse zur Vermeidung und Ver-fernung dieser Gefahren besitzen. Trotzdem beobachten wir das Gegenteil: ist es nicht sehr verwunderlich, wie wenig der Mensch

von sich selbst als Naturgeschöpf weiß und wie schlecht er sich im gegebenen Falle zu schützen versteht? Die dem Volksübel zu steuern, dient der Anfang Oktober beginnende Samariter-Kursus der Lübecker Arbeiter-Samariter-Kolonie. Der von dem Kolonnen-arzt Dr. Freudenberg am 25. September, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses zu haltende Vor-rat „Vom Geist des Arbeiter-Samariters“ gibt uns das Verständnis für die großartige Tiefe und den hohen Persönlichkeitsgewinn, den wir nur in der unermüdetlich tätigen und helfenden Nächstenliebe erlangen. Anmeldungen für Teilnahme an dem für Anfang Oktober beginnenden Kursus werden auf der Unfallwache des A.S.B. im Kanzleigebäude, Eingang Nr. 5, abends von 7—10 Uhr entgegengenommen.

In der tätigen Genossen-Versammlung des 12. Distrikts Marli, die bei Genossen Groth, Rottwiltstraße abgehalten wurde, referierte Genosin K e h l s e n über den medienkritischen Bezirks-Parteitag in Wismar. Die Referentin gab ein interessantes Bild über die Verhandlungen. Insbesondere ging die Genosin Neßlen auf das Referat über die Arbeiter-Wohlfahrtspflege ein. An die Ausführungen knüpfte sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion.

Offener Brief an Herrn Senator Evers.

Herr Senator! In der Nr. 210 des „Volksboten“ vom 9. d. Mts. hat sich der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, hier, bereits in aller Öffentlichkeit an Sie gewandt, um eine Festsetzung zu machen. Sie haben nämlich in der Sitzung der Bürgerchaft vom 7. d. Mts. erklärt, daß das Ruhelohngesetz fertiggestellt sei, aber die Vor-lage an die Bürgerchaft auf Wunsch einiger Beamtenorgani-sationen zurückgestellt wurde. Als das Bürgerchaftsmitglied W e r e t t i g Ihnen zurief, daß das nicht stimmen könne, haben Sie diesen Zwischenruf nicht beantwortet. Umomehr hat dieser Vor-fall unter den Angestellten Unruhe verursacht. Das ist durchaus begreiflich, denn es sind Monate vergangen, ohne daß der Ent-wurf zum Ruhelohngesetz einen Schritt vorangeführt worden ist. Die letzte Besprechung zwischen der Beamtenschaft und dem Senat und den Angestelltenverbänden hat am 5. Juni d. Js.

Neues aus aller Welt

Der Wunderbaum von Nagy-Gyalacs.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Das unansehnliche Dorf Nagy-Gyalacs im Somogyer Komitat (im Süden des Plattensees), das etwa zweitausend Seelen zählt, ist über Nacht in die Reihe der Wunderorte gerückt und gibt derzeit schon den obersten Kirchen- und Zivilbehörden viel zu schaffen. An einem heißen Julitag dieses Jahres will eine hysterisch veranlagte Bäuerin um die Mittagsstunde in dem von der Sonne beschienenen Geäste eines Baumes plötzlich die heilige Jungfrau Maria gesehen haben. Das exaltierte Weib sank mit einem Aufschrei in die Knie, sie rief Leute herbei, von denen die meisten von dem Wunder nichts sahen, doch fanden sich andere, zumisch Frauen, die gleichfalls in Verückung gerieten, sich zu Boden warfen und das ihnen suggerierte Wunder sahen. Einige Tage nach dieser Vision sprach sich die Sache in der Umgebung herum und bald zogen Hunderte, später Tausende und Tausende unter Vorantragung von Marienbildern aus den entlegensten Gegenden herbei, um zu dem neuen Gnadenort zu wallfahren. Alle waren der Überzeugung, daß das Wunder wahrhaftig bestehe, und schon nach einiger Zeit sahen die exaltierten Pilger die Jungfrau Maria auch schon von anderen Heiligen umgeben. Die Kirchenbehörden ließen die Dinge anfänglich gewähren, in der Erwartung, die Vernunft werde wieder siegen. Der Wunderbaum blieb jedoch weiter der Anziehungspunkt von vielen Schreitenden. Die weltlichen und kirchlichen Behörden sahen sich endlich mit Rücksicht auf die durch den Massenandrang gefährdete Gesundheit der Pilger, sowie auch wegen anderer Bedenken veranlaßt, einzuschreiten. Der Diözesanbischof entsandte eine Kommission, welche feststellte, daß im Geweibe des Wunderbaumes nichts Sichtbar sei, was außergewöhnlich wäre. Da auch diese Konstatierung der Kirchenbehörde und alle Versuche des Ortspfarrers, der die förmlich von religiösem Wahn ergriffene Bevölkerung seiner Gemeinde aufzuklären versuchte — er wurde hierbei von einigen Fanatikern in der Kirche tatsächlich injuliert — vergeblich blieben, verzögerte die politische Behörde das Verbot aller Prozessionen zu dem Wunderbaum. Die fanatisierte Menge ließ sich jedoch nicht abhalten und weiterhin zogen Tausende und abertausende zum Wunderbaum. So war dies auch am jüngsten Marienfest — 8. September — der Fall. Etwa 1800 Personen kamen aus verschiedenen Gemeinden zum Wunderort herangezogen, der von Gendarmen bewacht war. Der Aufforderung der Gendarmen, sich zu zerstreuen, leistete die Menge keine Folge, sondern nahm eine drohende Haltung ein,

was die Wache zum Gebrauch der Waffe veranlaßte. Ein Schuß tötete eine Frau und verletzte eine andere lebensgefährlich, worauf die Menge auseinanderlief. Nun sind Kirchen- und Zivilbehörden bemüht, Ordnung zu machen. Einige Bewohner der Gemeinde wurden wegen Beleidigung des Pfarrers bestraft, aber die Erregung hält weiter an und die Nagy-Gyalacsier drohen mit dem Neujahr, wenn man, wie dies die Kirchenbehörde anordnete, die von den Dorfbewohnern um den Wunderbaum errichteten Grundmauern einer Wallfahrtskapelle tatsächlich niederreißen sollte. (In den Aufsätzen „Wie ein neues Lourdes entsteht“ hat Prof. Taszi kürzlich ein Feuilleton (Erstes Morgenblatt vom 6. und 8. September) über eine ähnliche religiöse Massenbewegung in dem ostslowakischen Dorf Koltove Dhe berichtet. D. Red.)

Ehetragödie in Neutolln. Eine erschütternde Familien-tragödie spielte sich in dem Hause Bürknerstraße 27 in Neutolln ab. Hier erschloß der Kartonnagenfabrikant Engelmann seine 32-jährige Ehefrau und seine 12jährige Tochter Edith und brachte sich dann selbst eine schwere Schußverletzung am Kopf bei. Während Frau Engelmann und die Tochter sofort tot waren, wurde Engelmann in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht. Engelmann war früher Polizeibeamter und wurde bei dem allgemeinen Abbau in den Ruhestand versetzt.

Entgleisung des Berlin-Köln D-Zuges. Auf dem Bahnhof Silesfeld entgleisten mehrere Wagen des Berlin-Köln D-Zuges. Der Zug hatte bereits die Station passiert und fuhr mit geringer Geschwindigkeit über die Weichenanlage des Bahnhofs. Die Ursache ist es zu verdanken, daß bei der Entgleisung kein größeres Unheil passierte.

Explosion auf einem Torpedoboot. Am 17. September ist auf dem Torpedoboot „V 6“ ein Wasserrohr eines Kessels gerissen. Durch die austretenden Dämpfe wurde der Heizergefreite Weiler getötet, der Maschinenmaat Lensky und der Heizer Staatsmann wurden leicht verbrüht. In der Dienstagnacht wurde das Torpedoboot „V 5“ zwischen Helgoland und der Wesermündung bei vorheftig brennenden Laternen von einem Dampfer gerammt. Der Dampfer ist unerkannt nach Westen entkommen. Das Torpedoboot hat ein größeres Leck erhalten und ist zur Reparatur in die Marinewerft Wilhelmshaven eingelassen. Ein Heizer wurde leicht verletzt.

Die Idee der Volksbühne.

Die Volksbühnen-Korrespondenz schreibt:

Es gibt in Deutschland heute gut eine halbe Million Menschen, die in „Volksbühnen“ oder „Volksbühnengemeinden“ organisiert sind. Allgemein bekannt ist, daß ein wesentlicher Zweck dieser Organisationen die Verbilligung des Theaterbesuchs ist, durch die Verpfändung der Mitglieder zu geregelter Theaterbesuch und durch die so gesicherte Möglichkeit einer Planwirtschaft in der Befehung der Häuser mit Besuchern, die bei jeder Aufführung Ausnutzung sämtlicher Plätze gestattet, wird es möglich, das Entgelt für die Teilnahme an einer Vorstellung gegenüber den Platzpreisen im freien Kassenvorverkauf sehr erheblich zu verringern. Aber tatsächlich hat sich die deutsche Volksbühnenbewegung noch ein höheres Ziel gestellt als lediglich die Verbilligung des Theaterbesuchs. Es soll eine Erneuerung des Theaters herbeigeführt werden, die es auch in seinem Wesen in seinen Leistungen mehr als heute zur „Volksbühne“ macht.

Die Volksbühnengemeinde will nur solche Theaterbesucher zusammenführen, die im Theater mehr sehen als eine bloße Unterhaltungssache. Da, die Mitglieder einer solchen Volksbühnenvereinigung sollen eine gewisse Gesinnungsgemeinschaft darstellen. Sie mögen politisch den verschiedensten Richtungen angehören, sie mögen dieses oder jenes Religionsbekenntnis haben — die Volksbühnengemeinde steht (wie es in dem kürzlich erschienenen Programm des Verbandes der deutschen Volksbühnengemeinden heißt) von ihnen voraus, daß sie in der Offenbarung des Menschlich-Großen in der Kunst einen höchsten Wert erkennen und deshalb jede Unterordnung des Strebens nach seiner Gestaltung unter außerkünstlerische Gesichtspunkte ablehnen, und daß sie zugleich im Theater ein mächtiges Werkzeug zur Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft im Sinne einer neuen freiheitlichen Gemeinschaftskultur erblicken. Indem nun die bestehenden Theater immer mehr in den Dienst solcher Volksbühnengemeinden gestellt werden, oder diese Volksbühnengemeinden selbst zur Gründung von Theatern kommen, soll der künstlerischen Arbeit der Theater ein neues Fundament geschaffen werden, das ihren Charakter allmählich neu gestaltet.

Die Volksbühnenbewegung fordert für ihre Gemeinden ein Mitspracherecht bei der Führung der Theater. Das heißt nun freilich nicht, daß die Mitglieder der Besucherorganisationen oder auch nur ihr Vorstand befugt sein sollen, in alle Einzelheiten des Betriebs hineinzugreifen. Es bedeutet lediglich, daß bei der Berufung des künstlerischen Leiters und bei der Spielplangebung die Vereinigung der Besucher zu hören ist. Aber schon das heißt doch eine neue Beziehung zwischen Theater und Publikum her. Ein Theater, das in der angezeigten Weise von dem Willen seiner Besucher abhängig ist, wird weit mehr als das Normaltheater von heute veranlaßt sein, den geistigen Strömungen und der seelischen Einstellung in seiner Besucherhaft nachzuspüren und sich als Ausdruck des in ihr lebendigen Kulturwillens zu empfinden; andererseits wird sich eine Besucherhaft, die sich ihres Einflusses auf die Theaterführung bemußt ist, mit dem Theater weit enger verbunden fühlen, und man darf annehmen, daß aus der Mitverantwortlichkeit für die Leistungen der Bühne auch eine neue Freude an den Darbietungen und letzter Endes sogar eine neue Opferwilligkeit für das Theater herauswächst.

In jedem Fall wird ein Theater, das ganz oder doch vornehmlich für eine Besucherorganisation spielt (vorausgesetzt, daß diese wirklich von der Idee der Volksbühne erfüllt ist), mit ganz anderer Freiheit künstlerischen Zielen dienen können als es jetzt ein Theater vermag. Die Sicherstellung vollbestellter Häuser auch die Theatergemeinde enthebt es der Verpflichtung, durch alle möglichen Reize ein künstlerisch uninteressiertes Publikum anzulocken. Es kann einen Spielplan pflegen, der bei aller Vielseitigkeit Kritik und Schand völlig beiseite läßt.

Wirtschaftlich bedeutet das Ziel der Volksbühnenbewegung die Anekdotenbindung des Geschäftstheaters, d. h. jenes Theaterbetriebs, bei dem zunächst die Vorstellungen produziert werden, ohne daß die Sicherheit ihres Abganges durch Verkauf einer genügenden Zahl von Plätzen gewährleistet ist; dadurch, daß an den Anfang die Organisation der Theaterbesucher gesetzt wird und Vorstellungen nur im Verhältnis zu der gesicherten Besucherzahl veranstaltet werden, tritt bei den Theatern, die für Volksbühnengemeinden spielen, das Prinzip der „Bedarfsdeckungswirtschaft“ an die Stelle der Warenproduktion für den offenen Markt. Aber diese wirtschaftliche Erneuerung des Theaterbetriebs hat unmittelbare Folgen für die künstlerische Arbeit. Denn bei keinem Theater können die künstlerischen Leistungen sich unabhängig von den wirtschaftlichen Voraussetzungen entfalten. Wenn die deutsche Theaterkultur heute im ganzen einen so wenig erfreulichen Eindruck gemährt, so liegt es vornehmlich an der Tatsache, daß wirtschaftliche Momente das freie künstlerische Schaffen immer wieder hemmlich sind. Durch den fortwährenden Aufbau der Theater auf Besucherorganisationen wird das Theater wirtschaftlich zu neuem künstlerischen Sicheren freigemacht. Gewiß muß es auch jetzt noch wirtschaftliche Rücksichten nehmen. Aber das Publikum, das dies Theater wirtschaftlich trägt, ist einheitlich und von einem bestimmten Kulturwillen befeuert.

Bedeutsam würde es freilich sein, wenn auf die Gründung der deutschen Theater jene Organisation bestimmenden Einflüsse gewänne, die den Gedanken der Besucherorganisation in den Dienst bestimmter politischer Tendenzen gestellt hat, d. h. wenn der Bühnenschaftsbund mit seiner einseitigen weltanschaulichen Festlegung die Massen gewinnen würde. Die Freiheit des künstlerischen Schaffens und damit die Fortentwicklung unserer Kultur können auf solche Weise schwer geschädigt werden. Soweit aber die „freien“ Volksbühnen, die im Verband der deutschen Volksbühnengemeinden zusammengeschlossen sind, Einfluß auf die Theaterführung gewinnen, besteht eine Gefahr für die Freiheit der Kunst nicht. Erreicht werden ist es ja nun so, daß der Bühnenschaftsbund trotz lebhafter Propaganda doch nur ein verhältnismäßig kleines Häuflein von Mitgliedern in seinen Theatergemeinden hat vereinigen können. Während in der Verband der deutschen Volksbühnengemeinden mit den ihm angeschlossenen Volksbühnengemeinden, und keine weitere Erstarrung, sein wachsender Einfluß auf die deutschen Theater kann nur im Interesse einer geordneten Theaterkultur begründet werden.

Jungsozialisten.

Sonabend, 19. September: Musikabend, Glodengießerstraße 37.
Montag, 21. September: Jubiläumskunst in der Schule am Langen Lohberg.
Vortrag des Gen. E. J. über die Arbeiterbewegung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Mitlung Musikanten! Alle Fiedeln, Klampfen, Mandolinen und sonstigen Instrumente zur Einweihung der Jugendherberge in Travemünde mitbringen. Fröhlich eines jeden ist es, bei dieser Einweihung mitzuwirken.

Deutscher Vorkurs. Sonntag, den 20. September: Die angelegte Tageswanderung nach dem Südsüdsee Ringwall fällt aus. Wir beteiligen uns geschloßen an der Eröffnungsfest der Travemünder Privat-Jugendherberge.

Stellung. Achtung! Tätige Genossen! Die Aktien, deren Herstellung in der am 5. 9. stattgefundenen Mitglieder- und Tätigenversammlung beschlossen worden ist, sind im Laufe dieser Woche fertigzustellen. Die Abfertigung hat möglichst bis zum Montag, den 21. 9. beim Genossen Baderitz zu erfolgen. Die im Zusammenhang damit geplante Versammlung bedarf noch einiger Vorbereitungen. Sie wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Reisbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bureau: Johannisstraße 48 III.
Geöffnet von 8 bis 7 Uhr nachmittags.
1. und 2. Abteilung. Sonntag, den 20. September Ausflug mit Dampfer nach Seehorn (Hannoverweide). Abfahrt per Dampfer von Lübeck 5.45 Uhr morgens von Schuppen 8. Das gesamte Musikkorps fährt mit! Kameraden der übrigen Abteilungen, die mitfahren wollen, können Karten im Reisbanner-Bureau von 5-7 Uhr abends erhalten. Die Abteilungsleiter. Jungmannschaft! Am Dienstag abend 1/8 Uhr Verammlung im Gewerkschaftshaus. Betr. Altonafahrt. Fahrpreis 2.50 M. Gruppenführer Teilnehmerzahl abliefern.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

3. d. U. Jugendgruppe, Lübeck. Sonntag, den 20. 9. 25 beteiligen wir uns an Einweihung des neuen Jugendheimes in Travemünde. Abfahrt 7.30 Uhr Geibelplatz.

Metallarbeiter-Jugend. Diejenigen Kollegen, die sich an der Beschäftigung der Jugendherberge und des Jugendheims beteiligen wollen, haben spätestens am Sonntag morgen 7.30 Uhr auf dem Geibelplatz zu sein.
Die Jugendleitung.

Sintweise auf Versammlungen, Theater usw.
Stadttheater. In der am Sonntag abend stattfindenden Wiederholung von Berdis „Rigoleto“ wird Margarethe Bruhn die „Gilda“ singen. Die Künstlerin hatte in früheren Aufführungen mit dieser Partie besonderen Erfolg.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Stodsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Dienstag abend 8 Uhr bei Dietrichsen in Fackenburg. Fortsetzung des Berichts und Diskussion von der Arbeiterwohlfahrtsratung in Cismar. Wahl eines Wohlfahrtsausschusses Stodsdorf. Anträge zum Bezirksparteitag in Schleswig. Genosseninnen und Genossen! Sorgt für einen Massenbesuch. Die Frauen sind hiermit besonders eingeladen. Ebenfalls die Genossen von Groß-Steintade.
Der Vorstand.

Hansestädte

Hamburg. Der Zusammenbruch der Hamburger Privatbank. Wir berichteten bereits über die Zahlungseinstellung der Hamburger Privatbank von 1860. Angeblüh unvorhergesehene Ereignisse haben das Schicksal der Bank besiegelt. Am 15. und 16. September konnten drei größere Schuldner ihre Verpflichtungen in Höhe von 440 000 Mark nicht erfüllen. In diesem Ausfall wird ein Hauptanlaß zu den Zahlungsschwierigkeiten der Bank gesehen. In seiner Sitzung am Donnerstag hat der Aufsichtsrat beschlossen beim Amtsgericht einen Antrag auf Geschäftsaufsicht einzureichen. Man hofft einen Konkurs zu vermeiden und im Wege der Geschäftsaufsicht die Gläubiger um 20 bis 30% höher befriedigen zu können als bei einem Konkurs der Bank. — Den Direktor, Paul d'Heureuse, fand man am Donnerstag morgen im Badegemüher seiner Wohnung in der Fleßstraße 39 mit seiner Gattin tot auf. Beide hatten ihrem Leben durch Gasvergiftung ein Ende gemacht.

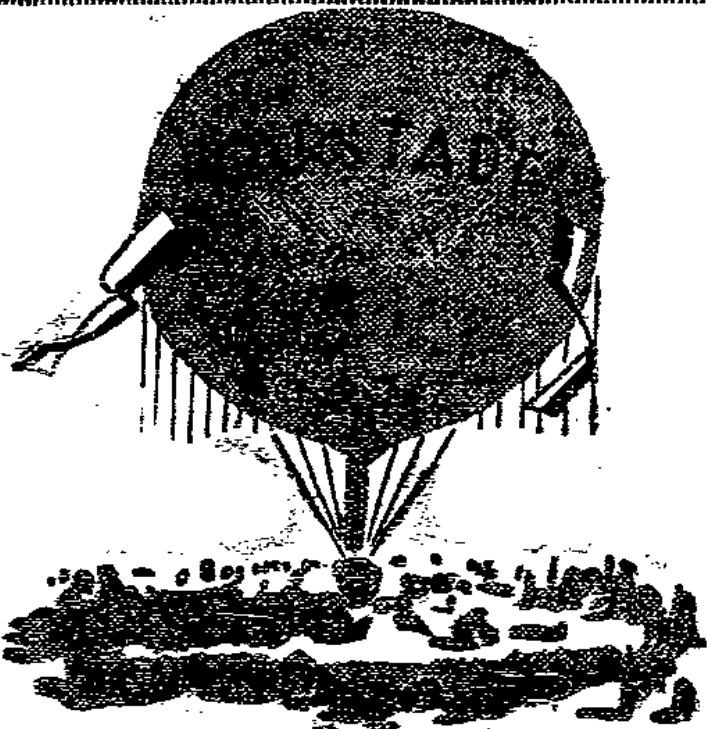
Mecklenburg

Schwerin. Feuer. Zweimal in einer Nacht wurde der große Wirtschaftshof des Hofbesizers Bauer in Radegast durch Großfeuer heimgesucht. Abends zwischen 9 und 10 Uhr gingen Scheune und Viehhof zugleich in Flammen auf. Mitverbrannt sind dabei 3 Stuten und 6 Kälber. Dann wurde die Feuerwehralbermal morgens gegen 6 Uhr zur Hilfe gerufen. Nun brannten auch eine Kornmiete und der Pferdeestall, aus dem die Pferde noch rechtzeitig herausgeholt werden konnten. Es liegen für beide Brände Anzeigen auf Brandstiftung vor.

Bützow. Durch Feuer vernichtet wurde auf dem Gehöft des Hofbesizers Seemann in Neudorf das mit Stroh gedeckte Viehhofhaus. Die Vorräte an Alee und Hen sind mitverbrannt; auch 6 Kälber konnten nicht mehr gerettet werden, da das Gebäude bald zusammenbrach.

Schleswig-Holstein

Sylt. Der Dam in geschlossen. Der Bau des Eisenbahndammes von der Insel Sylt nach dem Festlande ist geschlossen worden. Das letzte Schiff, das die nur noch schmale Durchfahrt der uralten Wasserstraße passierte, war der „Komet“ aus Hüllum. Der Dam trennt das Wattenmeer von nun an in zwei Teile, der Schiffsverkehr von nördlich des Sylter Dammes nach Föhr, Amrum usw. führt auf großem Umwege zwischen der Nordspitze von Sylt und der Insel Röm herum an der Westküste Sylts entlang. Es wird mit Hochdruck von etwa 1400 Arbeitern von beiden Seiten aus gearbeitet, um den Treffpunkt der Dammsstelle zu erreichen. Dreißig Lokomotiven bringen in langen Zügen das Material heran. Die letzten schweren Stürme haben an dem Dam keinen Schaden verursacht.



Bekanntmachung!

Morgen 12 Uhr
Aufstieg
des Freiballons
„Graf Zeppelin“
auf dem Buniamshof.

Wir bitten unsere Wettbewerbe aus Anlass dieses Aufstieges zu beachten. Die Wettbewerbsvordrucke sind gratis an allen unseren Kassen erhältlich. Bis Montag, den 21. 9. 25, mittags 12 Uhr, sind die ausgefüllten Wettbewerbszettel in die Zettelkästen unseres Lichthofes zu werfen.

Ausserdem findet ein Aufstieg von Pilotballonen, verbunden mit Postkarten-Wettbewerb statt. Während der Füllung des Ballons Reklameabwurf aus dem Flugzeug Adler von Lübeck.

Eintrittskarten für den Ballon-Aufstieg an sämtlichen Kassen unseres Hauses.

Karl Rodt

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat: Johannisstr. 48 III. Telefon 243.
Sprechsaal: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen.

1. und 2. Abteil. Sonabend, den 19. September, abends 8 Uhr bei Dehns u. Schürmann, Seemannstr. Bericht von Bezirksparlament. Bericht: Gen. E. J. 8. 2. 25.

Hannover

Harburg. Waffenfunde. Der Behörde wurde angezeigt, daß auf einem Bauerngehöft in Glüfingen Waffen verborgen sein sollten. Daraufhin wurde am Mittwoch von der Polizei und einem Vertreter des Regierungspräsidenten in Lüneburg eine Durchsuchung vorgenommen, bei der man in einer Scheune unter einem Holztapfel vier schwere Maschinengewehre, 20 Karabiner und Gewehre, Modell 98, fand. Eine weitere Untersuchung ist eingeleitet.

Genossenschaften

Genossenschaftler und Händler. Kürzlich wurde eine von jeher verständiger Ansicht zeugende Äußerung des Reichskanzlers Dr. Luther über die Wirksamkeit der Konsumvereine erwähnt. Der Reichskanzler hatte der Meinung Ausdruck verliehen, daß auch die Beamtenchaft durch weitgehende Unterstützung der Konsumvereine besser auf dem Gebiete der Preisgestaltung wirken könnte. Die Mitteilung kam auch dem ganz entsehten Reichsverband deutscher Kolonial- und Lebensmittelhändler zu Gesicht. Der nahm alsbald all seinen Zorn über „die kaum zu glaubende Stellungnahme des Reichskanzlers“ zusammen, formte ihn zu einer Eingabe und beglückte damit nicht nur den Reichskanzler selbst, sondern zugleich auch noch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und den Reichswirtschaftsminister. Die Entrüstung der Herrschaften pflanzte sich immer noch fort. In diesen Tagen erst ließen die zu einer Tagung des „Westland“ in Gelsenkirchen versammelten Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Landesverbandes der Kolonialwarenhandeler eine „Entrüstung“ an Herrn Dr. Luther los, damit dieser widerrufen, daß die Konsumvereine nützlich und daher zu unterstützen seien. Als ob das überhaupt widerrufen werden könnte!

Raucht Sorgenbrecher
ein gesunder vorzüglicher Rauchtobak
von Heint. Jos. Du Mont, Köln a./Rh.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwundlich im Gebrauch!

Arbeiter-Sport

Alle Jahresten für diese Rubrik sind an den Sportigen, Max Corneli, Gr. Gröpelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Lübeck. Sämtliche Wettkämpfer müssen um 8 1/2 Uhr auf dem Sportplatz sein. Wer beim Antreten nicht zur Stelle ist, scheidet vom Wettkampf aus. Nach dem Antreten werden keine Meldungen mehr entgegengenommen. Soweit noch kein Startgeld bezahlt ist, müssen die Männer 20 S., die Jugend und Frauen 10 S. beim Empfang der Startnummer bezahlen. Zur Befestigung der Startnummer muß jeder sich eine Sicherheitsnadel mitbringen. — Alle Kampfrichter müssen ebenfalls 8 1/2 Uhr dort sein.

Achtung Sportler! Schlagballspiel! Teutonia, Hamburg — N.N. Abt. 1, Lübeck. Anlässlich des 33-jährigen Stiftungsfestes des N.N. Lübeck wird der Olympiameister Teutonia am Sonntag, dem 20., nachmittags 2 Uhr, gegen N.N. Abt. 1 ein Schlagballspiel austragen. Der Name Teutonia gibt schon Gewähr für ein Spiel, das Lübecker Sportler seit längerer Zeit nicht gesehen haben. Auch N.N. hat in letzter Zeit beachtliche Meistleistungen aus den Spielen gegen den Lübecker Bezirksmeister sowie den Kieler Meister herausgeholt, sie müssen aber mächtig aus sich herausgehen, um ehrenvoll abzuschneiden.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Nachdruck verboten.

Der nach dem Kontinent vorgebrungene Ausläufer der Islandzirkone hat nur sehr wenig an Raum gewonnen. Der Ausläufer wird im Süden durch den über Frankreich und Südwestengland liegenden hohen Druck, der sich verflüchtigt, stark angegriffen. Es dürfte der Ausläufer somit bald an Einfluß für unsere Wetterlage verlieren. Das über Mittelrußland liegende Tief hat heute einen Ausläufer nach Westen gebildet. Es hat aber sonst die Tendenz zur Verlagerung südwärts. Der über Nordskandinavien liegende hohe Druck verlagert sich langsam ostwärts.

Vorhersage für den 19. und 20. September.
Schwache bis mäßige Winde aus südlichen Richtungen, geringe Niederschläge, wechselnd bewölkt.

Haben Sie schon Ihr Los?
zur
Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie
Ziehung 1. Klasse am 16. und 17. Oktober
Staatliche Lotterie-Einnahme **Jansen** Fernruf 3859
Johannisstr. 18

Hans W. Duve
Fernruf 3488 — Mühlenstraße 26
Lange gelbe Industrie-Magnum-bonum Eier- 3463
Kartoffeln
Sofortige und spätere Lieferung!

Schiffsnachrichten

Abgekommene Schiffe.
18. September.
Deutsch, D. Asiana, Kapl. Hege, von Kopenhagen, 16. Sept. 1. Stö —
Deutsch, D. Otto Schupp, Kapl. Ring, von Emden, leet. 3 Tg. — Deutsch, Krieger
Luise, Kapl. Off. von Emden, Kohlen, 3 Tg. — Deutsch, Krieger Selene, Kapl.
Wein, von Emden, Kohlen, 3 Tg. — Schwed. D. Neolus, Kapl. Scherhorn,
von Stockholm, Südg., 2 Tg. — Russ. D. Negit, Kapl. Holmberg, von Helsinki,
3 Tg. — Schwed. S. Ingeborg, Kapl. Eriksson, von Helsingfors,
1 Tg. — Deutsch, S. Erika, Kapl. Broderien, von Anshab, leet. 10 Stö

Abgegangene Schiffe.
18. September.
Deutsch, D. Adolf Köhling, Kapl. Schütte, nach Warnemünde, leet. —
Deutsch, D. Hanna, Kapl. Selben, nach Vorpommern, Salz. — Estl. S. Magnus,
Kapl. Teng, nach Ufa, Südg. — Deutsch, S. Grete Klauen, Kapl. Schneider,
nach Hernaland, Estl. — Estl. S. Yvona, Kapl. Frunberg, nach Wibora, Salz. —
Estl. S. Kaidula, Kapl. Vort, nach Wibora, Salz. — Finn. D. Asten, Kapl.
Roggerlund, nach Ufa, Südg. — Deutsch, D. Lina Kuntmann, Kapl. Wietton,
nach Emden, leet.



Rundfunk-Programm
Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Sonntag, 20. September.
7.25 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 7.30 Uhr vorm.: Wetterfunk. Landwirtschaftliche Meldungen. — 8 Uhr vorm.: Die letzten Drahtmeldungen. Wachen
schon. Funf der Hausfrau. — 8.30 Uhr vorm.: Wirtschaftliche Zeitfragen. —
8.45 Uhr vorm.: Die neuesten Rundfunknachrichten. — 9.15 Uhr vorm.: Morgenfeier
zum Herbstanfang. — 1.15 Uhr nachm.: Hamburg: Rundfunk. — 2.30 Uhr
nachm.: Schachschule für Anfänger. — 3.15 Uhr nachm.: Opernrevue. — 3.30 Uhr
nachm.: Hamburg: Märchen aus dem Orient. — 7 Uhr abends: Schule der
Sprachen: Englisch. — 7.35 Uhr abends: Sportvorbericht. — 7.55 Uhr abends:
Wetterfunk. — 8 Uhr abends: „Das Dreimäderlhaus.“ — 11 Uhr abends: Lang-
junt. Wetterbericht. Sportbericht.

Montag, 21. September.
5.45 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 5.50 Uhr vorm.: Wetterfunk. — 6.30 Uhr
vorm.: Landwirtschaftliche Meldungen. — 6.50 Uhr vorm.: Letzte Drahtmeldungen.
Wetterfunk. — 12.15 Uhr nachm.: Rundfunk der Korag. — 12.55 Uhr
nachm.: Neuerer Zeitzeichen. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtshinf. — 2.45 Uhr
nachm.: Rundfunk der Korag. — 3.40 Uhr nachm.: Rundfunk der Korag. —
4 Uhr nachm.: Die Schifffahrt im Raum Ostpreußen. — 5.05 Uhr
nachm.: Hamburg: Rundfunk. — 6 Uhr abends: Hamburg: Kofele-Klänge. —
7 Uhr abends: Schule der Volksgesundheitspflege. — Bedeutung und Hygiene des
Walters. — 7.30 Uhr abends: Schule der Sprachen: Spanisch. — 7.45 Uhr abends:
Fisch- und Gemüsemarkt. — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk. — 8 Uhr abends: Dr.
Funf der Ingenieur. — 8.30 Uhr abends: Nachkonzert. — 10.30 Uhr abends:
Langjunt. Wetterbericht. Sportbericht.

Der Deutsche Handlung
Professoren-Institut für Politik, Berlin 64

Verantwortlich für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Gollmitz.
Für Freiheit Lübeck und Vorkriegszeit: Hermann Bauer.
Für Inhaber: Carl Ludwig Hart, Verleger: Carl Ludwig Hart.
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Beim Nachfüllen von MAGGI'S Würze

Nachfüllpreise:

| | | | |
|-------------|-------|-------|------|
| Größe Nr. 0 | 1 | 2 | 3 |
| RM —.22 | — .43 | — .65 | 1.25 |

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gefeglich nichts anderes als **Maggi's** Würze feilgehalten werden.



3. Aufforderung zur Anfallanmeldung
Bitte nochmals dringend den Radfahrer, sowie den Mann mit dem Hochwagen bei meinem Anfall auf der Burgtorbrücke am 24. 8. um Woreise. Falls nun keine Anmeldung erfolgt, muß ich die Kriminalpol. in Anspruch nehmen. (3462) Dührkop, Watenigm. 1 II

Ludwig Wiegels, Lübeck
Kanalstraße 26 F. 8627 u. 8647
liefert zu billigsten Tagespreisen (3411)
Kohlen * Koks * Briketts

Dentist K. Struß
Königstraße 48a I
Sprechzeit v. 9-1 u. 3-6
Operative und techn. Zahnbehandlung
Leuchtende Wärmestrahlen als Heilfaktoren in der Zahnheilkunde

ERICH KUTTNER
SCHICKSALSGEFAHRTIN
Vom Aestheten zum Sozialisten
Ein Bekenntnisroman in Ganzleinen 5.— Mark

Zigarren
eigenes Fabrikat auf gute Tabake
C. Wittfoot
Obere Rixstrasse 18

Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

OBST.
Einmachen, Verwertung, Weinbereitung

Praktische u. leicht durchführbare Rezepte und Anleitungen

| | |
|--------------------------------------------------------------------|---------|
| Einmachen der Gemüse 26. Abb. | — 60 K. |
| Einmachen der Früchte 24. Abb. | — 30 K. |
| Dörren d. Obstes u. d. Gemüse. 25. Abb. | — 30 K. |
| Grüte, Aufbereitung, Verland des Obstes von J. Schneider. 60. Abb. | — 60 K. |
| Marmeladen- und Weinbereitung. 11. Abb. | — 30 K. |
| Sauert, Frucht- und Konfitüren. 15. Abb. | — 30 K. |
| Fruchtsäftebereitung im Haushalt und Kleingewerbe. 28. Abb. | — 30 K. |
| Obst- u. Beerenweinbereitung v. J. Schneider. 46. Abb. | 1.50 K. |
| Daselbe geb. Getränke und Erfrischungen | 2.— K. |
| | — 50 K. |

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Togal gegen Schmerzen
der Nerven, Rheuma, Gicht, Kopfschmerzen, Grippe- und Influenzafälle.
Togal-Tabletten stillen die Schmerzen und schieben die Genesung aus. Hervorragend bewährt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.
12,6% Lith., 0,46% Cholin, 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amyl.

Neue Bücher von Hans Reimann
dem sächsischen Humoristen

Das Paukerbuch RM. 1.50
Mein Kabarettbuch 2.50
Das verbotene Buch 2.—
Literarisches Alpdriicken . . 1.50

Hedwig Courths-Mahler
Schlichte Geschichten fürs traute Heim 2.—

Hans Reimann parodiert mit fabelhafter Eleganz Deutschlands größte Dichterin.
Man schlägt Purzelbäume kriegt Lachkrämpfe.

Zum Tode verurteilt sind sofort u. unter Garant. Frische Brut d. Mensch u. Tier m. „Miesiba“, gef. gefch. Mittel. Millionenfach bewährt. Verkauf bei: Aegidienstraße 4, I.

Kunsthonig von Häuer ist kein Kunst- oder Kriegsprodukt, sondern ein vollwertiges Nahrungsmittel aus den besten, natürlichsten Rohstoffen!

Ämtlicher Teil

Bekanntmachung

Die im Jahre 1928 bei dem Polizeiamt eingelieferten Fundstücken, wie Schirme, Stöcke, Geldbörsen, Brillen, Bettfächer, Handschuhe, Strümpfe, Herren- und Damenhüte, Belgischen, Ringe, Uhren, ein Blockwagen, ein Damenfahrrad, ca. 1000 verschiedene Uhrketten, medizinische Instrumente u. a. m., desgleichen diejenigen in der Zeit vom 1. Januar bis 20. September 1924 abgelieferten Fundstücken, an denen die Finder auf das Eigentumsrecht verzichtet haben, sollen, falls rechtliche Ansprüche bis dahin nicht geltend gemacht sind, am

Mittwoch, 23. September 1925, vorm. 9 Uhr, im Saale des Katholischen Gesellenhauses, Parade 8, öffentlich meistbietend versteigert werden.

Lübeck, den 15. September 1925.
3413) Das Polizeiamt.

Lübecker Brandkasse

In gegebener Veranlassung machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß unsere Mitglieder stets in voller Höhe des Bauwertes ihrer Gebäude versichert gehalten werden, um im Schadenfalle volle Entschädigung zu erhalten.

Nichtamtlicher Teil



Lübeckische Kreditanstalt

Kanzlei-Gebäude :: Eingang von Marienkirchhof. Fernspr. 8774 empfiehlt sich zur Fernspr. 8774

Anlegung v. Spargeldern

Führung von Girokonten (3414)

für die Gelder haftet außer erstklassigen Goldhypothenken d. Lübeckische Staat

Gertrud Salinger
Karl Kanstein
Verlobte (3422)

Lübeck, 20. Sept. 1925
Wakenitzmauer 206

Sophie Luckmann
Willi Schröder
Verlobte (3467)

Lübeck, d. 19. Sept. 1925.

Nach längerem Leiden entschlief heute früh inf. Schlaganfalls meine I. Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter (3473)

Marie Arndt

geb. Wieschendorf im 69. Lebensjahre. In tiefer Trauer: Friedrich Arndt u. alle Angehörigen. Lübeck, den 19. Sept. Georgstr. 15a. Beerdigung Dienstag, den 22. Sept., 4 Uhr, Kap. Vorwerk

Elisabeth Prueß
geb. Wendelborn im 53. Lebensjahre. In tiefer Trauer

Johann Prueß
nebst Kindern und allen Angehörigen.

Lübeck, d. 18. 9. 1925
Süßstraße 79, I. (3485)

Beerdigung am Dienstag, dem 22. Septbr., nachm. 2 1/2 Uhr, Kapelle Vorwerker Friedhof.

Nach langem Leiden verstarb am Mittwoch unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Marie Gronneck
geb. Kruse

im 81. Lebensjahre. Im Namen aller Angehörigen.

E. Gronneck.

Beerdigung am Montag, d. 21. d. M., in Altona. (3438)

Nähmaschinen-

Reparatur-Werkstatt
Joh. Meier, Mechaniker,
St. Gertrud, Arminstr. 12a
Fernruf 2880 (3413)

Woll-,Watte-,Daunen-Steppdecken

Anfertigung 8405
Aufarbeit., Neubezieh
Fr. Spethmann
Breite Straße 31 Etage



Wasche mit
Dr. Thompsons Seifenpulver
Garantiert unschädlich

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Bekanntmachung

Unsere Geschäftsräume sind von der Dübetenstraße 21 nach Parade 1, II. Obergesch. (Schloß Kanthau) verlegt worden. Sprechstunden wie bisher: (3449)
für Frauen: Mittwochs v. 1/8 b. 6 1/2 Uhr nachm.
für Männer: " " 7 " 8 "
Die Fürsorgestelle für Geschlechtsranke.

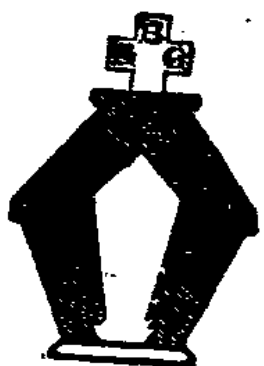
Gemeinnützige

Bestattungsgesellschaft

m. b. H.

Hundestr. 49/51 Telefon 2451

bietet sicherste Gewähr für preiswerte



pietätvolle Ausföhrung aller Bestatungen

Jg. alleinst. Frau sucht in den Nachmittags- und Abendst. Beschäftigung. Ang. u. H 273 a. d. E. (3420)

Frdl. H. 2-Zim.-Wohn. g. groß. zu tausch. Schöning, Hafauerstraße 19 I. (3433)

Jg. Handwerker sucht möbl. Zimmer. Ang. unt. H 279 a. d. Exp. d. Bl. (3448)

Ein fast neuer Paletot (für mittlere Figur) zu verkaufen. (3455)
Töpferweg 10 II, r.

Weißl. Kinderbettstelle zu verk. Wafenstr. 3 II, 5.

Schlafz. m. u. o. Warm-, Waschl., 2-t. Kleiderchr., Chaiselong, u. Rohrstühle all. bill. Hundestr. 4. (3438)

1 guterh. Grubeherd zu verkaufen. (3474)
Ringstettenweg 3.

1 Herrenrad zu verk. (3450)
Gneisenaustr. 2 II.

Sonntag Ferkel billig zu verk. (3450)
Holsts Gasthof, Amsh. 32.

4 Saß schöne Ferkel bill. z. verk. (3451)
Klarwer, Scharl. Allee 125

Prima Ferkel billig (3458)
zu verkaufen.
Friedr. Vogt
Schwart. Allee 127 a

Kaninchen zu verk. in den Nachmittags- und Abendst. Beschäftigung. Ang. u. H 274 a. d. Exp. d. Bl. (3442)

Zu kaufen gesucht ein Papageibauer. Ang. unt. H 274 a. d. Exp. d. Bl. (3442)

Gef. ein guterhaltener Puppenwagen. Ang. unt. H 278 a. d. Exp. d. Bl. (3447)

Wer kauft billig zwei an Kaysers, Arminstr. 11a

Tausende gebrauchen täglich mit bestem Erfolg **Levin-Creme (Seife)** bei **Hausjucken** (3428)

(Krätze) Sämorhoiden, Flechte, Weinschäd. usw. Erhaltl.: Germania-Drug. Königl. Drog. Heint. Haickendorf, Markt 15/16, Drogerie Aug. Prösch, Mühlstr. 29. Auch Versand.



Fechenbachs Zuchthausbuch
Im Haus der Freudlosen

Ein erschütterndes Dokument der Anklage gegen die Trägheit des Herzens
Mit 5 wirkungsvollen Zeichnungen

Ganzleinen 3.30 M.
Kartonierte 2.20 M.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

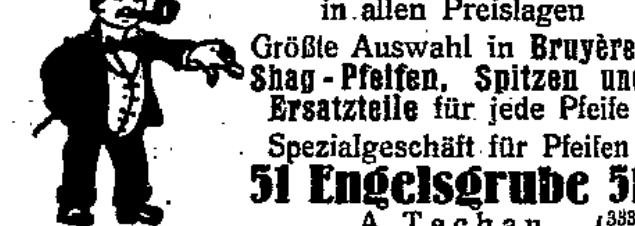


Mit Zusatz von deutschem Naturhonig
Pfund 50 Pfg.

Empfehlenswerte billige Bücher

- Vom Junstgefallen z. freien Arbeiter von Paul Kampfmeyer. RM 1.90
- Erwanderte deutsche Geologie von Wilhelm Bölsche, kart. RM 1.50
- Geschichte in Anekdoten von Friedrich Wendel, kart. RM 1.-
- Politische Kaffeehäuser von Heinrich Cunow, kart. RM 1.30
- Florian Geyer von Wilh. Bloß, kart. RM 1.10
- Im Haus der Freudlosen von Felix Fechenbach, kart. RM 2.20

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46



Zigarren, Zigaretten, Tabake
in allen Preislagen
Größte Auswahl in Bruyère-
Shag-Pfeifen, Spitzen und
Ersatzteile für jede Pfeife
Spezialgeschäft für Pfeifen
51 Engelsgrube 51
A. Techan (3388)

Rauchzeug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Hützstr. 18

Der Konkurrenzschlager
von
E. Stüwes billig. Möbellager

- Schlafzimmer best. aus
- 1 Büfett, 130 cm breit
 - 1 Kredenz, 100 cm breit
 - 1 Anziehtisch, 80/100
 - 6 Stühle, gepolstert
- Zus. nur **395 RM**
- Sitzen-Herrenzimmer best. aus
- 1 Büfett
 - 1 Schreibtisch
 - 1 Bilztisch
 - 1 Sessel mit Polster
 - 2 Stühle mit Polster
- Zus. nur **275 RM**

- Schlafzimmer best. aus
- 1 Kleiderchrant
 - 2 Bettstellen
 - 2 Spiralmatratzen
 - 1 Waschkommode mit echtem Marmor und Spiegel
 - 2 Nachtschränke Marm.
- Zus. nur **325 RM**
- Küchen best. aus
- 1 Küchenschrt. m. Glas
 - 1 Küchentisch
 - 2 Küchensühle
- Zus. nur **75 RM**

Gr. Rosten Eichen-Stühle noch sehr billig von **10.-**
Gefas nur 75.- an Chaiselong v. 35.-
Gewie jegl. einzelne Möbel vorrätig.

Zu diesen vorgenannten Preisen verkaufe ich ohne Aufschlag und ohne Zinsberechnung. (3472)

Auf bequeme Teilzahlung

bei 1/3 Anzahlung können Sie die gelauften Möbel sofort erhalten. Den Rest können Sie dann in bequemen Raten wie folgt abzahlen:
Wöchentl. Ratenzahlung von 3.- an,
monatl. Ratenzahlung von 15.- an.
Kein Saden! Nur Sager! Kein Saden!
Verkaufslager Breite Str. 21
im Sinterhaus.

Maler gehilfen

stellt ein
Wilbrandt & Stühli
Am Brink 5 (3444)

Erbbestattung
Feuerbestattung

nach den Richtlinien des **Vereins ohne Nachzahlung**
einschließlich Lieferung eines Grabsteines (3402)
Alle Wünsche der Auftraggeber
werden berücksichtigt und letztwillige Verfügungen gewissenhaft ausgeführt.

NBl
Notgemeinschaft für Bestattungen
zu Lübeck e. V.

Neuaufnahmen für ganze Familien und Einzelpersonen
Geschäftsstelle
Hundestraße 49/51
vormittags 9-12 Uhr
nachmittags 3-5 Uhr

Dr. Anblutigs Weltreise.

Bitte aufheben! Fortsetzung folgt!
Nach dem Oesterreich Lande fahr ich nun im Sportgewände, wo's fest so gemächlich ist. Wo die Kupfergroßen rollen, wo die Galantkreuzler wrollen, und sich aalt der Jönist - dorthin hält ich längst gemüßt. - Eine kleine Zeitung öbete einmal die Kuitrol-Fabrik mit der Behauptung an, daß Kuitrol die Menschheit dazu verleite, immer knapperen Schuhwert zu tragen. Denn, so argumentierte sie (dem Sinne nach), wenn man sich der von der Natur aufgelegten Strafe für zu enge Schuhe einfach dadurch entziehen kann, daß man kuitrolt, so wird alle Welt enge Schuhe tragen usw.
Etwas Wahres mag an der Behauptung sein, daß, seit es Kuitrol gibt, das Schuhwert vielfach eine Nummer kleiner gewählt wird, als früher, aber was speziell die Wienerinnen betrifft, so haben sie ohnehin so kleine Füße, daß die gewaltigen Hühneraugen-Pflasterbinden, die man hier und da noch findet, fast die ganze Sohle bedecken würden. Damen mit kleinen Füßen können nur das Kuitrol-Hühneraugen-Pflaster (Schachtel 75 Pfg.) gebrauchen, das nicht aufrückt und mithin enge Schuhe nicht noch mehr verengt, und das so schnell wirkt, daß man es überhaupt nur wenige Tage zu tragen braucht.
Besonders bewährt hat es sich gegen sehr hartnäckige Hühneraugen, die jeder anderen Behandlung trotzen.
Der Kuitrol-Streupuder (Blechdose 1 Mt.) und das Kuitrol-Fußbad (Doppelpackung 50 Pfg.) verhüten das Brennen, Wundlaufen und Schwitzen der Füße und beseitigen den häßlichen Schweißgeruch.
Wenden Sie alle drei Kuitrol-Präparate systematisch an,
Kuitrolen Sie!
Versuchen Sie es wenigstens einmal. Sie werden sich danach so wohl fühlen, daß Sie sofort von dem Nutzen des Kuitrolens für die Gesundheit und für die körperliche und geistige Spannkraft überzeugt sein werden. Es ist doch so sonnenklar, daß ein so nervenreicher Körper, wie der Fuß, sein Mißbehagen auf den ganzen Organismus überträgt, wenn er schlecht gepflegt wird.
Die ganze Kuitrol-Kurpackung, enthaltend alle drei Kuitrol-Präparate, kostet nur 2 Mt. Sie sparen also 25 Pfg., wenn Sie diese Packung nehmen, statt jedes Präparat einzeln zu kaufen.
Die Kuitrol-Präparate sind die am meisten gelauften Fußpflege-Präparate und in fast allen Apotheken und Drogerien zu haben. Sie erhalten daselbst auch die neue, von Lehrern, Eltern und Kindern stark begehrte Bilderserie „Insitten der Kinder“ oder „Die Gefahren der Straße“. Verlangen Sie direkt von uns auflärende Literatur über Kuitrol-Fußpflege. Die Zusendung erfolgt kostenlos und portofrei.
Kuitrol-Fabrik Kurt Ariso, Groß-Saale bei Magdeburg
Fabrik: Kuitrolstraße • Verwaltungsgebäude: Reithausstraße.

Der Heidelberger Parteitag.

Die Verhandlungen am Donnerstag: Europäische Politik / Erledigung des Sachsenkonflikts.

Heidelberg, 17. September.

In der Donnerstagssitzung wird zunächst der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

entgegengenommen. Danach sind 398 Personen auf dem Parteitag anwesend, darunter 52 Genossinnen. Die Bezirksvereine sind durch 290 Delegierte vertreten, unter ihnen 36 Genossinnen. Von der Reichstagsfraktion sind 26 Mitglieder anwesend. Der Parteivorstand und Parteiauswärtige sind vollständig vertreten, die Kontrollkommission durch 9 Personen, darunter eine Genossin. Die Programmkommission durch 3 Vertreter, davon ebenfalls eine Genossin. Die Parteistatuten haben 13 Vertreter entsandt, davon eine Genossin. Ferner ist ein Referent anwesend, 16 Gastdelegierte aus Sachsen und 8 ausländische Gäste. Mandate werden sämtlich für gültig erklärt. Hierauf erhält das Wort

Genosse Keil zu seinem Schlusswort über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion:

Der Redner empfiehlt zunächst die Annahme der gestern wiedergegebenen Entschließung, die einen Extrait seiner Ausführungen darstellt, und fährt dann fort:

Meine Annahme, daß ernste Meinungsverschiedenheiten oder gar Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion in den Reihen der Parteigenossen nicht besteht, ist durch die Diskussion bestätigt worden. Kritik ist in der Hauptsache nur aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Und da diese abweichende Meinung der Genossin Wurm schon in der Fraktion zum Ausdruck gekommen war, war die Austragung dieser Meinungsverschiedenheit hier auf dem Parteitag vielleicht überflüssig. (Sehr wahr!) Im übrigen hat nur der Genosse Priem ernsthafte Kritik geübt. Wenn er meinte, die Fraktion habe den Kampf um politische Rückfragen auf das Zentrum mit gedämpfter Trommelklang geführt, so kann man seine Kritik nur aus der Art der Berichterstattung seines Parteiblattes erklären. Auch der Antrag Priem, wonach man für Abschaffung der Reichstagsfraktion sich wenig durchdacht. Es würde die Verbestärkung der Partei sicher nicht verstärken, wenn wir die Abschaffung auch noch des Heeres von 100 000 Mann, das uns die Siegermächte gestattet haben, fordern würden in einer Situation, wo die Großstaaten Europas einschließlich Rußland bis an die Zähne gerüstet sind.

Ich komme nun zu den übrigen Anträgen. Von einem längeren Antrag Hamburg bitte ich die beiden Vizee betrreffend die Ratifikation des Washingtoner Abkommens, über die Aufhebung der Technischen Nothilfe anzunehmen. Der dritte Antrag bezieht sich auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Hierzu empfehle ich die Fassung des inzwischen eingebrachten Antrags Knack-Hamburg. Einige weitere Anträge in bezug auf Handarbeiterfürsorge, Erwerbslosenversicherung, Festlegung von Ferien für alle Arbeitnehmer, Arbeitsgerichtsgericht können der Reichstagsfraktion als Material überwiesen werden, ebenso die Anträge in bezug auf die sozialistischen Kulturforderungen. Anzunehmen wäre der Antrag, der die Gleichstellung der Geschlechter insbesondere im Beamtenrecht verlangt. Dagegen bitte ich, den Antrag von Rheinhausen abzuweisen, der von der Reichstags- und Landtagsfraktion fordert, daß sie die lokale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufleitet und zum traditionellen Klassenkampf übergeht. Das würde eine Verurteilung der bisherigen Taktik bedeuten. Verschieden Anträge in bezug auf die Boden- und Wohnungspolitik, die in der Richtung der bisherigen Tätigkeit der Fraktion laufen, können angenommen werden. Ebenso ein Antrag Hannover betreffend den Mieterschutz. Abzuweisen bitte ich auch diesmal wieder den Antrag auf Aufhebung des Impfwanges. Daher bitte ich, den Antrag der Fraktion als Material zu überweisen. Anzunehmen wäre der Antrag der von der Fraktion fordert, daß sie Stellung nimmt gegen die Wünsche einzelner Arbeitergruppen auf Sicherung von Mindestpreisen ihrer Erzeugnisse, und ein weiterer Antrag, der eine vollständige Amnestie aller politischen Gefangenen bestimmter Kategorien fordert. Sämtliche Anträge in bezug auf Strafrechtsreform bitte ich der Fraktion als Material zu überweisen.

Zum Artikel 48 bitte ich, den Antrag Silberding anzunehmen, der den schleunigen Erlass des betreffenden Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe fordert, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbefehlshaber übertragen werden darf. Angenommen werden kann auch der Antrag, der den Anschluß Deutsch-Ostpreußens an Deutschland mit allen Mitteln erstreben will. (Zusatz: Mit allen Mitteln?) Diese Worte könnten getrichen werden. (Zuruf Hermann Müller: Mit allen geeigneten Mitteln!)

Der Fraktion als Material zu überweisen, empfehle ich die Anträge zur Prostitutionsfrage sowie einen Antrag Reichswehr, der ein umfangreiches Finanzprogramm aufstellt. Anzunehmen wären auch die Anträge Karnat in bezug auf die Bevölkerungspolitik, Karsten zur Sozialpolitik, und Schepel zum Wahlverfahren im Reichswahlgesetz sowie auch ein Antrag aus Bielefeld über die Stellung der Partei zur Schutzpolizei. Die Anhänger der Resolution Seydewitz haben nicht den Mut der Konsequenz: sie müßten nämlich verlangen, daß wir aus der Preußenregierung austreten, auf jede Nachentscheidung der Partei in heutigen Staat Verzicht leisten und allen direkten Einfluß lediglich den bürgerlichen Parteien überlassen — und das im Namen des Klassenkampfes. (Große Heiterkeit.) Aber der Klassenkampf hängt nicht von unserem Willen ab und nicht von Beschlüssen des Parteitages. Der Klassenkampf ist eine geschichtliche Tatsache. Der Antrag Seydewitz will unter Ablehnung der ganzen bisherigen Politik der Partei uns auf verbrauchte Schlagworte festlegen. Wir hingegen wollen im bisherigen Geiste weiter arbeiten und werden es um so erfolgreicher können, je einmütiger die Parteigenossen uns ihre Unterstützung und uns ihr Vertrauen schenken. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die Anträge durweg nach dem Antrag des Berichterstatters erledigt. Die Anträge auf erweiterte Amnestie bittet Keil nachträglich, nicht anzunehmen, sondern der Fraktion als Material zu überweisen, da heute noch nicht abzusehen sei, wann eine neue Amnestie in Frage komme. Es wird demgemäß beschlossen. Die Resolution Seydewitz wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt. (Beifall.)

Zum vierten Punkt der Tagesordnung:

Probleme der europäischen Politik und Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Marseille

erhält den Bericht

Genosse Crispian:

Am dem Kongress in Marseille ist teilweise Kritik geübt worden, die von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht. Unsere In-

ternationale ist eine Internationale des täglichen Lebens; unsere Internationale ist noch keine Internationale der direkten Massenaktion zum Zwecke der Einwirkung auf die Weltpolitik. Unsere Internationale kann vorläufig nur für die brennenden Fragen der Gegenwart einheitsliche parlamentarische Aktionen vorbereiten, Propaganda vorbereiten, die moralischen Kräfte der Arbeiter mobilisieren. Mit Beschlüssen auf Massenaktionen, hinter denen keine entsprechende Macht stehen würden wir uns nur blamieren wie die Bolschewisten. (Sehr wahr!)

Die Internationale der Tat müssen wir erst aufbauen, und wir müssen es den Arbeitern klar machen, daß sie selbst daran mitarbeiten müssen.

Heute aber dürfen wir uns nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen. Es ist bewundernswürdig, daß es überhaupt gelungen ist, schon fünf Jahre nach Kriegsende eine sozialistische Arbeiter-Internationale von der gegenwärtigen Bedeutung zu schaffen. (Sehr wahr!) Die Internationale umfaßt gegenwärtig 54 Parteien in 34 Ländern mit 6 1/2 Millionen Mitgliedern, darunter 1/2 Millionen Frauen, mit 1022 Abgeordneten und 311 Tageszeitungen, mit 15 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Außer der Schweiz sind alle europäischen Staaten vertreten, und der Beitritt der Schweiz ist nur eine Frage kürzester Zeit.

In den entwickeltesten kapitalistischen Ländern Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Schweden und Österreich ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei

und an der Regierung beteiligt oder beteiligt gewesen. In anderen Ländern hat die Bewegung hingegen noch große Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Tagesordnung des Marzeller Kongresses war vom Exekutivkomitee sorgfältig vorbereitet. Es ist nicht richtig, daß es in Marzelle die Koalitionspolitik von der Tagesordnung abgelenkt worden ist. Das Exekutivkomitee hatte sie vielmehr von vornherein ausgeschaltet. Die gegenwärtige Internationale ist eine neue Organisation, für die die Beschlüsse der alten Internationale von 1889 nicht bindend sind. Deshalb müssen alle Probleme erst in den einzelnen Ländern geklärt werden, damit sie danach auf dem internationalen Kongress behandelt werden können. Deshalb haben wir in Marzelle Koalitionsfrage, Agrarfrage und Kolonialfrage noch nicht behandelt, sondern uns auf die sozialistische Friedenspolitik und die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter beschränkt. Das waren brennende Fragen, an deren Lösung einheitlich gearbeitet werden kann. Ueber den Verlauf des Kongresses ist manches kritische Wort gesagt worden. Ich gebe zu, daß man spätere Kongresse im Interesse der propagandistischen Wirkung etwas besser vorbereiten muß. Die französischen Genossen haben eben in organisatorischen Fragen nicht solche Auffassungen und Traditionen wie andere Länder und auch wir in Deutschland. Aber der Kongress hat doch eine sehr ernste, sachlich bedeutungsvolle Arbeit in aufreibenden Tag- und Nachtsitzungen, in den Kommissionen und im Plenum geleistet. Es ist gelungen, in allen Fragen zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen. Die Kundgebungen von Marzelle sollen eine Richtlinie für die praktische Tagespolitik sein als internationales Aktionsprogramm für die Politik der Gegenwart und der nächsten Zukunft.

Wir haben klargestellt, worin sich die sozialistische Friedenspolitik von der bürgerlichen pazifistischen Politik unterscheidet.

In dem Beschluß zu den Fragen der östlichen Politik wird in der Einleitung darauf hingewiesen, daß nur der Sozialismus die Bürgschaft für den dauernden Weltfrieden bietet. In der Stellungnahme zu den einzelnen Fragen der Weltpolitik billigen wir prinzipiell den Völkerbund, ohne zu übersehen, daß er seine eigentlichen Aufgaben einzuwickeln noch nicht erfüllt, sondern erst zu einem wirklich internationalen Parlament entwickelt werden muß, das die Fragen der internationalen Politik regelt. Wir erstreben einen internationalen Wirtschaftsrat als Organ des Völkerbundes unter Befestigung der Gewerkschaften und der Arbeitergenossenschaften zur Regelung der internationalen Produktions- und Verhältnisse, des Transports, der Rohstoffverteilung zur Überwindung der Schutzpolitik. Das System des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens muß restlos durchgeführt werden für alle Konflikte, auch für alle Fragen, die sich aus der Durchführung der Friedensverträge ergeben. Ein Land, das sich gegen die Schiedsverfahren auflehnt, soll als Feind der Menschheit behandelt und so von allen anderen Völkern gezwungen werden, seinen Widerstand aufzugeben. Auch die Fragen der Reparation und der interalliierten Schulden müssen endlich zur Lösung geführt werden; Unrecht und Erziehung müssen im Geiste des Friedens, einer moralischen Abrüstung erfolgen. Auch die materielle Abrüstung aller Völker zu erstreben, ist Aufgabe der Internationale. Zu diesem Zweck fordern wir Einberufung einer Weltkonferenz. Wir begrüßen die Abrüstungsbestrebungen der nordischen Staaten und fordern die Parteien der übrigen Länder auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Die frühere englische Arbeiterregierung unter MacDonald hat das große weltgeschichtliche Verdienst, der Welt im Genfer Protokoll einen praktischen Weg zur Sicherung des Friedens gezeigt zu haben.

Das Genfer Protokoll ist heute noch richtig. Aber nachdem maßgebende Länder inzwischen von diesem Genfer Protokoll abgerückt sind und Einzelverträge zum Abschluß bringen wollen, sind wir bereit, dem geplanten

Sicherheitsabkommen

als einen Fortschritt zum Genfer Protokoll zuzustimmen, jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen: Die Sonderverträge dürfen keine geheimen Abmachungen enthalten; es muß ein System der wechselseitigen Garantien vorgesehen werden, so daß nicht ein Land allein als Garantistaat feststeht. Die Durchführung der Verträge muß durch den Völkerbund überwacht werden und die Sicherheitsabkommen dürfen sich nicht gegen eine andere Macht richten und dürfen kein Hindernis für eine allgemeine Abrüstung bilden. Bei diesem Beschluß hat Turati im Namen einer Anzahl von Parteien aus kleinen Staaten Vorbehalte gemacht, die sich aber nur gegen den Ton und Stil richteten. Im übrigen vertreten auch diese Parteien restlos die oben erläuterten Beschlüsse.

Dann mußten wir auch Stellung nehmen zum Kriegs in Marokko.

Es wurde angeregt, in unsere Resolution auch die Forderung des Generalstreiks bei Kriegsausbruch aufzunehmen. Angesichts der Tatsache daß die Sozialisten in Frankreich weder die Kraft

noch die Mittel haben, den augenblicklichen Krieg in Marokko durch eine unmittelbare Massenaktion zu beenden, hätten wir uns durch eine solche Forderung nur lächerlich gemacht. (Sehr wahr!) Bei dem Krieg in Marokko haben wir sofortige Aktionen der beteiligten Regierungen zur Wiederherstellung des Friedens verlangt.

Wir fordern die Unabhängigkeit des Staates, seine Aufnahme in den Völkerbund, die Befestigung der Grenzen durch friedliche Verständigung, evtl. durch Schiedspruch des Völkerbundes, Internationalisierung der Meerengen,

um solchen Konflikten vorzubeugen. Mit der Ablehnung der Forderung des Generalstreiks für einen bestimmten Fall und eine bestimmte Zeit befinden wir uns in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationale vor dem Kriege und auch des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom, der lediglich die Forderung aufgestellt hat, man solle eine bestehende Kriegsgefahr durch einen internationalen Generalstreik verhindern, aber ebensovienig wie der Haager Kongress die Frage gelöst hat, was die Arbeiter tun sollen, wenn der Krieg trotzdem ausbricht, weil die Arbeiter noch nicht stark genug sind, ihn zu verhindern. Ein Verzicht auf das Mittel des Generalstreiks liegt in diesem Beschlusse natürlich nicht. Ich erinnere: nur an den Kapp-Putsch. Damals war es gar keine Frage, ob der Generalstreik ausbrechen soll, sondern er wurde von den breitesten Schichten mit Begeisterung und Erfolg zum Schutze der Republik durchgeführt. Der Generalstreik im Falle eines Krieges bedeutet eben die Proklamierung der Revolution. Die macht man, wenn die Dinge dazu reif sind, man kann aber nicht festlegen, was im Einzelnen zu geschehen hat.

Und nun zu den Beschlüssen, die sich mit den Problemen des Ostens beschäftigen.

Wir wenden uns gegen die aggressive Politik der kapitalistischen Staaten, gegen Sowjetrußland, aber auch gegen die Kriegsgefahr, die von der bolschewistischen Politik droht,

die noch immer in der Illusion lebt, wir brauchen nur einen neuen Weltkrieg, um die ganze Welt im Sinne der Bolschewisten zu befreien. Dazu kommt die kändige Unruhe in den Randstaaten Rußlands. Die kapitalistischen Staaten möchten diese als Sturmboden gegen Rußland benutzen und Sowjetrußland möchte sie erobern wie Georgien und sie dann durch Terror niederhalten. Daher unterstützen wir die russischen Sozialdemokraten in ihrem Kampfe gegen jede Art des Terrors und gegen die aggressive Politik der bolschewistischen Regierung anderer Länder gegenüber. (Sehr gut!)

Es ist eine bolschewistische Forderung, als richte sich unsere Politik gegen den Osten.

Unsere Beschlüsse in bezug auf den Osten konnten nicht so mißverständlich gefaßt werden. Auch die Marzeller Beschlüsse über die Steigerung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen bieten eine Fülle trefflicher Hinweise und ich empfehle sie Ihnen zum Studium.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß der Kongress unserer Internationale uns vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat, die wir nur erfüllen können, wenn die Massen und Führer ihre ganze Kraft dafür einsetzen. Der Heidelberger Parteitag hat die Aufgabe, auch für diesen Zweck die Partei zu festigen und ihre Anziehungskraft zu stärken.

K r i s t i a n m a n n-Köln gibt

im Namen der Delegierten des besetzten Gebietes

folgende Erklärung ab:

Die Bevölkerung des besetzten Gebietes, insbesondere die Arbeiterklasse, verfolgt mit aufmerksamer Spannung die diplomatische Unterhaltung, die die Schaffung eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und den Ententestaaten zum Ziele hat. Eine solche Abmachung unter Garantie der beteiligten Nationen kann die erste sichere Grundlage zur Befriedung Europas abgeben, wenn sie im Geiste wirklichen Friedens und gegenseitiger Sicherheit getroffen wird. Seit Abschluß des Londoner Abkommens sind zweifellos Erleichterungen im besetzten Gebiet festzustellen. Trotzdem geht der gegenwärtige Zustand des Besetzungssystems weit hinaus über die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und des Rheinlandabkommens, und so stellen wir fest, daß es nicht in den Rahmen einer auf die Befriedung Europas gerichteten Politik paßt, wenn die nördliche sogenannte erste Zone, die vertraglich am 10. Januar 1925 geräumt sein mußte, heute noch besetzt ist. Außerdem müssen aber in Verbindung mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes im unmittelbaren Interesse des besetzten rheinischen Gebietes weitere Forderungen erhoben werden. Deshalb erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes bei dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktes bis zur baldigen restlosen Befriedung der militärischen Besetzung des Rheinlandes eine sofortige, weitgehende Einschränkung der Zahl der Besatzungstruppen, eine grundlegende Aenderung des Delegiertensystems und Beschränkung der Ordnungen auf den ursprünglichen Zweck: den Unterhalt, die Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gewährleisten. Unverträglich und mit der Würde eines Kulturvolkes unvereinbar ist die Einrichtung der Polizei- und Kriegsgerichte im besetzten Gebiete. Die deutsche Justiz- und Verwaltungshoheit, die von den Besatzungsbehörden im Widerspruch zu den Verträgen und Abmachungen in ungezügelter Weise verlehrt werden, ist restlos und garantiert wiederherzustellen. Als Grundlage einer wehren Verteidigung zwischen den Nationen ist zu fordern: uneingeschränkte persönliche und politische Freiheit (Recht auf Versammlungen und freies ungehindertes Reden, Aufhebung der bestehenden Zensur- und Zensurverbote und Verhinderung neuer Repressalien gegen politische Vereine und politische Druckereignisse), Befestigung der Briefzensur, uneingeschränkte persönliche Bewegungsfreiheit innerhalb des besetzten Gebietes und zwischen besetzten und unbesetzten Gebiete. Den sichtbarsten Beweis guten Willens der Besatzungsmächte würde die Bevölkerung des besetzten Gebietes in einer Befestigung der Personen erkennen, die unter Ausnutzung ihrer amtlichen Stellung seit nun fast 7 Jahren ihre Hauptaufgabe darin erblicken, mit Hilfe zweifelhafter Elemente deutsches Land vom Mutterland zu trennen.

In der Räumung des Einbruch- und Sanktionsgebietes erkennt die Bevölkerung im besetzten Gebiete einen Erfolg der vornehmlich von der sozialdemokratischen Partei betriebenen und gestützten Außenpolitik. (Beifall.) Die in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer im besetzten Gebiete wenden sich von

jeher, frei von nationalistischem Ungeist, mit Aufbietung ihrer ganzen organisierten Kraft und unter Einsetzung von Gut und Leben gegen die verstockten und offenen Bestrebungen auf Trennung der Rheinlande von der deutschen Republik. Mit gleicher Entschiedenheit wenden sie sich auch nach wie vor gegen die nationalistische Hege und Bewegung im eigenen Lande. Sie verurteilen daher die Bestrebungen, die sogenannten Befreiungsfeiern aus Anlaß der Ruhrkämpfe zu nationalistischen Demonstrationen herabzuwürdigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Delegierten des besetzten Gebietes sind überzeugt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in Fortsetzung ihrer bisherigen Politik auf den Boden dieser Erklärungen stellen und ihre ganze Kraft für die Durchführung der darin aufgestellten besonderen Forderungen einsetzen wird. (Lebhafte Beif.)

Vorsitzender W. I. S.: Ich spreche gewiß im Sinne des ganzen Parteitag, wenn ich erkläre, daß er sich diese Darlegungen restlos zu eigen macht. Die Erklärung der Delegierten des besetzten Gebietes ist ein Ausdruck der Auffassung des ganzen Parteitages. Ich stelle das ohne besondere Abstimmung hiermit fest. (Lebh. Beifall.)

Distussion

Über das Referat Crispian erhält zunächst das Wort Toni Sender:

Der Marzeller Kongreß war zweifellos ein Fortschritt gegenüber der Hamburger Gründungsstagung der Internationale. Aber wir sind noch nicht zufrieden. Wir verlangen nicht Proklamationen, hinter denen nicht die Macht zu ihrer Ausführung steht. Aber es genügt uns auch nicht, daß die Internationale zusammentritt und daß man sich über parlamentarische Kooperation verständigt. Man darf sich auf den internationalen Tagungen nicht nur über die aktuellen Fragen der Tagespolitik unterhalten, sondern man muß auch die prinzipiellen Gegensätze innerhalb der sozialistischen Parteien und zwischen ihnen erörtern. Es handelt sich dabei nicht, wie Leon Blum in Marseille gemeint hat, um die Legalisierung der Republik, nicht um das Festlegen auf ein Kampfmittel als Wehrmittel, sondern darum, daß die Internationale in kritischen Stunden aktiv wird, daß wir die Waffen dazu erzwingen, nicht bloß schöne Verbrüderungshen aufzuspielen, sondern zu starkem Opferwillen zu belohnen, damit nicht wieder die Völker aufeinanderprallen können. (Sehr gut!) Sehr nützlich war die offene Aussprache über die Tagesfragen in Marseille. Die Differenzen mit den englischen Genossen über den Sicherheitspakt mußten offen ausgetragen werden.

Stresemann hat mit dem Sicherheitspakt sicherlich andere Absichten als wir. Er wendet pazifistische Methoden nur an, um die Voraussetzung zu schaffen, wieder imperialistische Politik treiben zu können. (Sehr wahr!)

In den Resolutionen des Marzeller Kongresses wird der Eintritt in den Völkerbund und seine Ausgestaltung so stark betont, daß daraus die Illusion entstehen könnte, als werde der Völkerbund die endgültige Befriedung herbeiführen. (Widerpruch.) Die Internationale hat nur die Kraft und den Wert, den ihr die einzelnen nationalen Glieder zu geben vermögen. Wir unterlassen es nicht, unser Bestes zu tun, wenn wir aus der deutschen Sozialdemokratie ein starkes und arbeitskräftiges Element der revolutionären Umgestaltung machen. Wäre Sie nicht überlegen über diese revolutionäre Romantik!

Niemals in der Geschichte sind große Taten vollbracht worden, ohne den starken Glauben an eine große Idee.

Der Wille zur revolutionären Tat allein kann unsere großen den verzweifeln. (Stürmischer Beifall.)

Leb. Quantur a. M.: In allen Ländern legen die Vertreter der sozialistischen Organisationen großen Wert auf ihre nationale Befähigung, aber dabei entgeht immer die Gefahr, daß sie durch geschickte Bearbeitung der öffentlichen Meinung ins Nationalistische abgedrängt werden. Wir haben einen Antrag eingebracht, der verlangt, mit aller Entschiedenheit jede Politik zu bekämpfen, die die Deutsche Republik in die Gefahr bringen kann, in die derzeit drohenden kriegerischen Bewidlungen einbezogen zu werden. Der Abstimmungsbericht in Oberschlesien hat gezeigt, wie leicht selbst eine kleine Organisation Konflikte herbeiführen kann. Wir müssen uns ebenso dagegen wehren, Schachfigur der imperialistisch-bolschewistischen Politik zu werden wie der englischen Einreisepolitik gegen Rußland zu dienen. Der Sicherheitspakt darf kein Vertrag mit Frankreich gegen den Osten werden. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg schädigt die deutsche Volkswirtschaft ungeheuer, und mit Schuld daran ist das erzwungene Aufheben der deutschen Unterhandlung, die vom Diktator der Wirtschaftsmächte getrieben waren. Auf einen guten Handelsvertrag mit Rußland sind wir dringend angewiesen, schon durch unsere geographische Lage. Leider zeigt sich auch bei diesen Verhandlungen das Reichswirtschaftsministerium lediglich als Gefangen der Interessengruppen. (Beifall.)

Zeitlich: Der Genosse Loeb meinte, es sei unmöglich, gegen seinen Antrag zu stimmen; aus der Parteivorstand müsse damit einverstanden sein. Bis zu einem gewissen Grade ist das zweifellos richtig, aber er ist doch geboren aus dem Geist der Kritik an dem Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der auswärtigen Politik. (Loeb: Das ist nicht beabsichtigt.) Es waren aber dann Unklarheiten in diesen Worten enthalten. Eine solche Kritik unserer Stellung zum Sicherheitspakt an sich ist verständlich, weil es doch hier um eine Maßnahme handelt, die von einer Regierung ausgeht, zu der wir in schärfster Opposition stehen. Hier wird wieder die Frage lebendig: Was hat die Sozialdemokratie in der Opposition zu tun?

Ich glaube, daß wir verpflichtet gewesen sind, dem Kabinett Luther auf diesem Wege zu folgen oder besser gesagt, voranzugehen (Sehr richtig!), weil der Sicherheitspaktgedanke in der Linie unserer Politik liegt, die auch auf zahlreichen internationalen Konferenzen festgelegt ist. (Sehr richtig!)

Wir lieben weder das Kabinett Luther noch seinen Außenminister, aber das darf uns nicht veranlassen, in grundsätzliche Opposition dazu einzutreten, wenn sie mit dem übereinstimmen, was wir fordern. So machen wir diese Politik mit der Regierung Luther, von der wir wissen, daß sie von der härtesten Regierungspartei zum mindesten mit sehr starkem Mißtrauen verfolgt wird. Wenn die Delegierten ihrer trotzdem zustimmen, so dürfen wir uns dieses Erfolges rühmen (Sehr gut!) und dürfen erneut feststellen, wie die Delegierten um das Einverständnis der Teilnahme an der Delegierten wollen ihr vorher so laut verkündeten Grundgedanken verraten haben. Es sagt man, es werde durch den Sicherheitspakt eine Einreisepolitik Rußlands geplant. Ich behaupte, es gibt keine maßgebende Stelle in der Partei, die auch nur andeutungsweise mit dem Gedanken gespielt hätte, eine Politik zu unternehmen, die sich gegen den Bestand von Sowjetrußland richtet. Für seine Behauptung, der Sicherheitspakt habe eine verheerende Spitze gegen Sowjetrußland, ist uns Loeb auch den Beweis schuldig geblieben. Wenn man sich darauf beruft, daß einzelne Mitglieder der Labour Party sich gelegentlich so geäußert hätten, so weiß Loeb sehr gut, daß das nicht die offizielle Auffassung dieser Partei ist, und wenn sich die englische Partei gegen den Sicherheitspakt etwas heftiger verhält als wir, so dürfen wir nicht vergessen, daß sie für das von MacDonald durchgeführte Genfer Protokoll eintreten muß für das auch wir eintreten, aber für das wir nicht in dem Maße unmittelbar sorgen können, der Sicherheitspakt kann und soll nur ein Schritt auf dem Wege sein, dessen erstes Ziel die Verwirklichung des Genfer Protokolls ist. Wenn aus der kommunistischen Seite vorgehalten wird, wir müßten gegen den kapitalistischen Westen

als proletarische Partei für den Osten Partei ergreifen, so ist dieser Gegenstand an den Haaren herbeigezogen.

Wir haben nicht zu wählen zwischen einem kapitalistischen Westen und einem proletarischen Osten, sondern es kommt für unsere Politik darauf an, wie wir am besten in der Lage sind, einer unmittelbaren drohenden Kriegsgefahr zu begegnen.

Der Gefahrenpunkt liegt bei uns nach Westen abzugrenzen, und diese Gefahr zu beseitigen ist unsere erste Aufgabe. Selbstverständlich, ohne daß wir uns dadurch irgendwie gegen den Osten festlegen, denn wir stehen unbedingte aller parteipolitischen Differenzen mit den Bolschewisten doch auf dem Standpunkt:

Hände weg von Sowjetrußland!

Eine Orientierung nach dem Osten hin würde für uns keinerlei Erleichterungen unseres Verhältnisses nach dem Westen bedeuten, wohl aber eine Verfestigung in die imperialistische Politik Sowjetrußlands in Asien. (Sehr wahr!) Und wir würden dann, die wir unmittelbar vor den Toren des Ostens liegen, die ersten Schläge für die Politik Rußlands in Asien auszufallen haben. (Sehr wahr!) Wenn wir also genötigt sind, die westliche Orientierung aufzunehmen, so hindert uns das keineswegs, in Handelsbeziehungen mit dem Osten einzutreten. Sowjetrußland bemüht sich selbst so lebhaft, mit den kapitalistischen Staaten des Westens zu Verträgen zu gelangen (Sehr gut!), und wenn ihm das gelingen würde, würde es um unserer schönen Augen willen keinen Schritt unternehmen, um uns aus Schwierigkeiten zu befreien, die in unserem Verhältnis zum Westen liegen. Wir hoffen, daß der Handelsvertrag mit Rußland möglichst schnell und günstig zustandekommt und nicht an der russischen Forderung scheitert, die uns davon ausschließen will, daß wir irgendeinem asiatischen Staate neben Rußland das Meistbegünstigungsrecht zugestehen. (Gut, hört!) Also ich komme zu dem Ergebnis, daß der Antrag Loeb doch nicht ganz so herzlich ist wie Loeb ihn selbst hinstellt und verweise demgegenüber auf unseren Antrag Müller, der alles Nötige enthält, ohne die Möglichkeit zu mehrfacher Auslegung zu geben wie der Antrag Loeb.

Wir treiben eine Politik, die, wenn sie auch nicht die Verwirklichung des Sozialismus und den Weltfrieden garantieren kann, jedoch darauf hinausläuft, in dem Staatensystem, in das wir gestellt sind, jeden Keim einer Bewegung zu unterstützen, die uns auch nur einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden zu bringen vermag. (Lebh. Beifall.)

Die weitere Debatte wird auf nachmittags 3 1/2 Uhr vertagt.

Nachmittagsstimmung.

In der fortgesetzten Debatte über Problem der europäischen Politik auf dem Marzeller Internationalen Sozialistenkongreß erhält das Wort

Mäde r-Altenburg: Der Friede ist für uns eine eminent ethische Frage. Deshalb ist es bedauerlich, daß die Partei den sittlichen und Bildungsfragen so wenig Aufmerksamkeit schenkt. Wir brauchen ein unbedingtes Bekenntnis zum Sozialismus und unbedingte Ablehnung aller kleinbürgerlichen Ideale. Die Reichswehr ist ein Instrument des Militarismus, ein Ueberrest der alten wilhelminischen Armee. In den Parteireihen herrscht noch zuviel verdrängte Kriegervereins-Mentalität.

Dr. Hö gner-München: Die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wird nahezu allgemein anerkannt. An verantwortlicher Stelle in der Partei gibt man sich keinen Illusionen darüber hin, daß dadurch eine sofortige Besserung der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands herbeigeführt werden kann. Das schließt schon die Entstehungsgeschichte des Völkerbundes aus. Das deutsche Volk hat bei seiner nationalen Einigung wichtige Teile preisgeben müssen. Im Versailler Diktat ist Deutschland weiter Gebiete deutschen Kulturlandes beraubt worden. Aber der Verzicht auf den Zusammenschluß mit Oesterreich wäre uns vollends unerträglich und eine unmöglichkeit Bedingung unseres Eintrittes in den Völkerbund. Wir bringen dem Völkerbund keine überhöhenartigen Erwartungen entgegen, aber das gerade wird uns schlimme Enttäuschungen ersparen. (Beifall.)

Dr. H a u b a c h-Hamburg: Man sollte uns nicht das Genfer Protokoll und die Modebegeisterung in England dafür als Muster vorhalten. England wird niemals das Genfer Protokoll ratifizieren, solange das englische Weltreich in seiner heutigen Zusammensetzung existiert. Dafür sorgt der entscheidende Widerstand der Dominions, insbesondere Australiens und Kanadas. Darum müßte man nach einem Ersatz suchen. Die Sache des Friedens ist keine sittliche und ethische Frage, sondern vor allem eine politische Frage. Die alte Internationale war in sittlicher Begeisterung leidenschaftlich entflammte für die friedliche Zusammenarbeit der Völker. Aber leider war ihre Friedensarbeit noch keine politische Angelegenheit. Wer heute Friedensarbeit leisten will, muß in konstruktiver Politik Schritt für Schritt und Zug um Zug vorgehen. Das entscheidende Friedensproblem für das deutsche Proletariat und das deutsche Volk liegt an der Abgrenzung. Wenn es gelingt, den Jahrhunderte alten Fluß von deutschen und französischen Völkern zu nehmen, dann ist der erste, gewaltigste politische Schritt zum Frieden getan. Der Sicherheitspakt muß die endgültige Auslösung zwischen Frankreich und Deutschland bedeuten. Das deutsche Volk kann in diesem Augenblick gar keine größere Aufgabe kennen als diese. Wer fürchtet, daß es dadurch in Gegensatz zu Rußland käme, kennt die weltpolitische Konstellation nicht. In China und in der Türkei hat sich gezeigt, wie stark sich in letzter Zeit gerade Rußland und Frankreich genähert haben. Was in Rußland Verbot erzeugt, ist nicht der Sicherheitspakt, sondern die deutsche Verhandlungsmethode, die auf dem Wege über London auf Paris zu drücken sucht. Dadurch entsteht in Moskau der Eindruck, als habe sich Berlin an den großen anglofranzösischen Block verkauft. Zweifelloos wird auch der schwarz-weiß-rote Seite versucht, Deutschland in den anglofranzösischen Block hinüberzuziehen, und ebenso will uns die bolschewistische Seite dem asiatischen Block anschließen. Eine konstruktive deutsche Friedenspolitik muß Deutschland aus dem Kreise heider großen Konzentrationen herauslösen. Deutschland muß sowohl den anglofranzösischen wie den asiatischen Block ablehnen und europäische Politik treiben. Denn die europäische Politik ist, wie das Referat Crispian deutlich gezeigt hat, eine Arbeiterfrage ersten Ranges. Auch daß wir wirtschaftlich mit Rußland zusammengehören, ist ein inhaltloses Schlagwort. Was wirtschaftlich zusammengehört, ist zunächst Europa. (Beifall.)

H e r m a n n M ü l l e r (Parteiortstand): Es ist nicht jede Frage so einfach, wie man das hier in manchen Resolutionen formuliert. Wir brauchen auch nicht anzusprechen, daß beim Sicherheitspakt der Weg für eine positive Politik freibleiben muß. Die deutsche Sozialdemokratie und auch ihre Außenminister haben sich stets so verhalten, daß Sowjetrußland sich nicht beschweren kann. Wir haben die wirtschaftlichen Beziehungen stets unabhängig von der Staatsverfassung gehalten, und Rußland ist uns ja heute ein Vorbild, indem es das japanische Italien gerade passiert. (Sehr wahr!) In der schwierigen außerpolitischen Situation Deutschlands im November 1919 habe ich als Außenminister die Aufforderung Lloyd Georges zum Boykott Sowjetrußlands entschieden zurückgewiesen. Wenn also aus rein agitatorischen Gründen die von der Sowjetregierung ausgehaltene kommunistische Partei in dieser Beziehung Vorwürfe gegen uns erhebt, müssen wir das entschieden zurückweisen. Wir haben in Marzelle der These zugestimmt: Hände weg von Sowjetrußland! Als ich dort geäußert wurde, daß ich den Ausführungen Otto Braun zustimme habe ich erwidert: Ja, aber er geht nicht ganz so weit wie Brodorski-Rangon. (Sehr richtig!) Der deutschen Regierung kann man höchstens vorwerfen, daß sie in der Behandlung der Befragten etwas zu sehr nach Sowjetrußland hinüberzieht. (Sehr gut!) Ueber den Völkerbund haben wir gar keine Anstionen. Wir haben ihn schon auf der Berner Konferenz im Februar 1919 unter sozialistischem Ideal eines

Völkerbundes entgegengestellt. Aber wenn jetzt die sozialistischen Minister und Regierungsvertreter in Genf eine besondere Konferenz abgehalten haben, so ist das wieder ein kleiner Fortschritt auf unserem Wege. Schließlich müssen sich in Genf die Sozialisten aller Länder treffen, Nationalisten aller Länder können es ja nicht. Natürlich können wir auf den internationalen Kongress auch die Frage der Regierungsteilnahme von Sozialisten behandeln, aber bestimmend werden da doch immer die Verhältnisse in den Ländern sein, und keinesfalls sollten wir den einzelnen Parteien Schranken ziehen. Da sprechen die Spuren von Amsterdam, durch dessen Beschlüsse wir die französischen Sozialisten gehindert haben, vor dem Kriege die auswärtige Politik Frankreichs stärker zu beeinflussen. (Sehr wahr!) Wir haben viel dringendere internationale Fragen: Washingtoner Abkommen, internationale Wirtschaftskonferenzen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und vor allem die Frage der Verhinderung künftiger Kriege. Dazu müssen wir den Völkerbund mit sozialistischem Geist durchdringen. Dazu muß der Geist von Marzelle Einfluß in Genf gewinnen und das wird dann der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Segen gereichen. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte schließt, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Der Berichterstatter Crispian verzichtet auf das Schlusswort und bittet, alle Anträge durch einstimmige Annahme der Resolution Hermann Müller als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Die Resolution Hermann Müller, die die Zustimmung zu den Beschlüssen des Marzeller Internationalen Sozialistenkongresses auspricht, wird einstimmig angenommen.

Sodann folgt

Der Bericht der Sachkommission.

Nachdem die gestern im Vorlauf mitgeteilte Entscheidung als einstimmiger Vorschlag der Kommission vorgelesen ist, erhält das Wort als

Berichterstatter R o s t-Hamburg: Die Kommission hat zuerst die streitenden Parteien gehört und vollständige Redezeit gewährt. Die sächsischen Genossen wurden aber gehen, ihre Augen mehr vorwärts als rückwärts zu richten und nach Möglichkeit auch zu sagen, wie sie sich die künftige Entwicklung denken, wobei auf beiden Seiten der ernste Wille zur Verständigung im Interesse der Gesamtpartei vorausgesetzt wurde. Von jeder Seite kamen abwechselnd drei Redner ausführlich zu Wort: Z i p i n s k i, Liebmann und K z l i, von der einen Seite, S e l d t, B e t h g e und M ü l l e r von der anderen Seite. Die Mitglieder der Kommission beschränkten sich zunächst auf kurze Fragen zur Aufhellung des Sachverhalts. Mit großer Genugtuung kann festgestellt werden, daß alle Redner sich bemühten, ihren Standpunkt sachlich in maßvoller Form darzulegen. (Bravo!) Da aber von den Parteien brauchbare Vorschläge für eine gemeinsame Plattform nicht zu erwarten waren, wenn auch eine Verständigung in einzelnen Punkten sich anzubahnen schien, beschloß die Kommission ihrerseits, einen geeigneten Weg zu suchen. Sie kam dabei verhältnismäßig rasch zu einer Verständigung. In keinem Stadium der Beratungen waren tiefe Meinungsverschiedenheiten vorhanden.

Abgeklammert wurde im einzelnen überhaupt nicht, und bei Feststellung des Ergebnisses der Verhandlungen ergab sich vollständige Einstimmigkeit. (Bravo!) trotzdem in der Kommission nicht nur die verschiedenen Landesparteien, sondern auch die verschiedenen sächsischen Richtungen vertreten waren.

Ein Eingehen auf die Schuldfrage haben wir möglichst vermieden. Eine Klärung dieses Punktes halten wir für unmöglich. Rein noch so weiser Richter wird hier ein Urteil finden können, das allen vollkommen gerecht wird. Fehler, sogar schwere Fehler sind auf beiden Seiten gemacht worden. Aber jeder Versuch, die Schuld nach Pfund und Gramm genau abzuwägen, ist zum Scheitern verurteilt. Wir legen uns die Frage vor: Was soll in Sachen in der nächsten und weiteren Zukunft werden? Wir sind der Auffassung, daß der Parteitag

einen tiefen Strich unter das Vergangene

ziehen soll. (Sehr richtig!) Auch die Genossen in Sachsen sollten das können und tun. Wir müssen den ehrlichen Willen und die Überzeugung, das Beste der Partei zu wollen, beiden Seiten zuerkennen. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es sehr schwer sein wird, in Sachen zu gefundenen Verhältnissen zu kommen. Denn die Erbitterung und Verbitterung ist immer größer geworden. Schuld trägt in erster Linie der Ton, die Form, in der der Kampf geführt worden ist. Das ist das Traurige bei der ganzen Angelegenheit, daß solche Form des Kampfes unter den Parteigenossen Platz greifen konnte. (Sehr wahr!) Wenn die Differenzen heute vielleicht nicht mehr so groß sind, so hängt das mit der gegenwärtigen politischen Gesamtlage zusammen, die uns ganz besonders zum einmütigen Handeln verpflichtet im Interesse des Proletariats. (Lebh. Zustimmung.) Die Kommission hat natürlich auch auf die Vergangenheit zurückgreifen müssen und ist dabei einmütig zu der Auffassung gelangt, daß die Haltung des Parteivorstandes in der ganzen Frage richtig war. Er hat die politische Notwendigkeit gesehen, ist aber auch ehrlich bemüht ausgeglichen und zu vermitteln. Die sächsischen Gegenstände gruppieren sich sämtlich um die Frage der Koalitionspolitik in Sachsen; im Zusammenhang damit auch um die Frage der Zweckmäßigkeit der Auflösung des Landtages. Die Kommission ist der Auffassung, daß gerade in diesem Punkte die Stellungnahme des Parteivorstandes in allen Phasen des Konflikts die richtige und gebotene ist und daß sich daraus die nötigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ohne weiteres ergeben. In solch hochpolitischen Fragen kann die Entscheidung allein nach sachlichen Gesichtspunkten unter sorgfältiger Würdigung aller Verhältnisse, vor allem auch der Verhältnisse im Reich, getroffen werden. Dazu ist Geschlossenheit der Front notwendig. Die beteiligten Instanzen müssen hier zusammenwirken. Nach dem Beschluß des Berliner Parteitages kommen drei Instanzen für solche Entscheidungen in Frage: Fraktion, Landesparteiorganisation und Bezirksvorstände und der Parteivorstand. Die Kommission legt Wert darauf, daß bei künftigen Entscheidungen, die vielleicht sehr bald zu treffen sein werden, diese drei Instanzen zusammenwirken. In der Regel wird es so sein, daß Fraktion und Parteiorganisation sich zunächst zu verständigen haben. Bei der besonderen Lage der Verhältnisse in Sachsen halten wir es aber für notwendig, daß dort der Parteivorstand von Anfang an bei den Verhandlungen vertreten ist. Er darf nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern muß die Möglichkeit haben, in jedem Stadium der Beratungen eingzugreifen und die Rolle des guten Wiltlers zu übernehmen. Das wird gewiß eine sehr schwere und wahrscheinlich auch unandere Aufgabe sein. Aber wir haben das Vertrauen, daß der Parteivorstand sie auf sich nehmen wird. Einigen sich Fraktion und Parteiorganisation, dann kommt natürlich der Parteivorstand mit seiner Stimme weiter nicht in Betracht. Diese Einigung darf selbstverständlich nur so zustandekommen, daß eine Übereinstimmung beider Instanzen erfolgt, also nicht etwa durch eine Abstimmung nach Mehrheit der einzelnen Vertreter. Die Fraktion und Organisation haben also je eine Stimme, und wenn sie nicht übereinstimmen, gibt die Stimme des Parteivorstandes den Ausschlag. Voraussetzung ist natürlich, daß die Landtagsfraktion sich überhaupt erst wieder zu einer einheitlichen Fraktion zusammenschließt. Das muß der Parteitag unbedingt fordern. Wir glauben, daß wenn so verfahren wird, der zweckmäßige Zeitpunkt für eine Auflösung des Landtages gefunden werden kann sowie die politischen Verhältnisse es erfordern. Auch die Frage der Ausschüsse von Mitgliedern der Fraktion, die die Kommission eingehend behandelt. Wir beantragen, daß alle aus Anlaß des Konflikts eingeleiteten Ausschüsse ihren niederschlagenden sind.

(Fortsetzung auf der 3. Seite des Hauptblattes.)

Fledermaus

Heute 9 Uhr:
Der beliebte Elite-Abend

Außerdem der phänomenale zweithälftige
September-Spielplan

Drechsel

mit seiner unerreichten Tanzkapelle

Verschiedene Ueberraschungen

Luftschlangenschlacht — Ballontänze

Hallo! Hallo!

Biere, Weine sowie sämtliche Getränke

Voranzelge!

(3424)

Dienstag: Tanz-Turnier

Städtisches Orchester Lübeck

Dirigent: Generalmusikdirektor Karl Mannstaedt

8 Sinfonie-Konzerte
und **8 Hauptproben** im **Stadttheater**

Abonnements

werden in der Theaterkanzlei entgegengenommen

Näheres siehe Anschlagssäulen

Zentral-Hallen

Morgen Sonntag:

Dr. Ball.

Eintritt frei. (3457)

Jeden Dienstag:

Dr. Sanzkränzchen.

Fahrräder Nähmaschinen

erstkl. Marken
Kl. Anzahlung

5 Wt. wöchentl.

Fahrradhaus
„Hansa“

Ernst Schmidt

Wahmstr. 33

Reparatur, verb.
billigt ausgeführt

Republikanisches Liederbuch

Eine Sammlung von
ernten und heiteren
Liedertexten für vater-
ländische Feiern und
kameradschaftliche Ver-
anstaltungen, die unter
den Farben

Schwarz, Rot, Gold

stattfinden.

Preis 30 Pfg.

Desgleichen mit Noten

70 Pfg.

Buchhandlung

Lübecker Volkabote

Johannisstraße 46.

Zigaretten

Zigarren

C. Wittfoot

ob. Huxstr. 18.

*Ein weiches
wird
wichtig!*



Deshalb klagen Sie auch über
die teure Wäsche und machen
sich das Waschen so schwer.
Nehmen Sie

Persil

Sie brauchen die Wäsche nur
eine Viertelstunde zu kochen,
und sie ist fleckenrein, schnee-
weiß und frischduftend. Seife
und Seifenpulver gebrauchen
Sie nicht dazu. Persil enthält
beste Seife in feinsten Verteilung
reichlich.

Henke, Henke's Wasch- und Bleich-Soße
d s s - Einwirkmittel.
Unbeschaffen für Wäsche und Hautpart

Stadthallen -Lichtspiele

Ein Film im ewigen Eise aufgefunden.

Die erschütternde Forschertragödie:

**Das große
weiße Schweigen**

Kapt. Scott's Todesfahrt zum Südpol.

(Aufklärungen über das Ende des verschollenen Kapitäns Scott u. seiner Kameraden)

Auszüge aus den letzten Tagebuchaufzeichnungen Scotts.

Sonntag, 17. März 1912: ... Ich kann
nur absatzweise schreiben. Die Kälte
ist ungeheuer. Meine Kameraden sind
heißer, aber wir sind drauf und dran
zu erfrieren.

22. u. 23. März: Der Orkan wütet fort.
Es kann sich keiner hinauswagen.
Morgen ist die letzte Möglichkeit...
Kein Brennstoff mehr und nur noch
für 1 Tag Nahrung....

Mit Auto u. Kamera zwischen afrikanischem Großwild
Afrikanische Jagdbilder in 6 Akten.

Aktuelle Wochenschau:
u.a.: Unsere Reichswehr, Herbstmanöver

PARISER MODEN
8. Teil

Jugendliche haben Nachmittags zu halben
Preisen Zutritt.

Vorfürungen
5 Uhr und 8 Uhr

I. Fischerbuden

Morgen nachm. von 4 Uhr an:

Große Tanzfestlichkeit
mit Künstlervorträgen



Großes Hunde-Rennen

Morgen Sonntag, Anfang 3 Uhr,

auf der Rennbahn des

Moislinger Baums

Moislinger Baum

Direkte Endstation der Linie 9.

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Vornehm. Sanzkränzchen
verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen
unter Mitwirkung von Fr. Erna Mahray,
Stimmungsjägerin, Fr. Margit Spohr,
Spitzentänzerin, Herrn Adolf Jülich,
Humorist. — Moderne Tänze. — Volks-
tänzerische Tänze. — Rundtänze.

Die Musik wird ausgeführt vom
Sulanke-Orchester.

Va. rein. Bohnenkaffee, sowie la Gebäk-
Küche und Keller liefern das Beste.
Im Garten stehen für die Kinder drei
reizende Esel zum Reiten zur Verfügung.

Familien freier Eintritt.

Rudolph Jäde.

Auf der Rennbahn heute:
Großes Hund Rennen.

(3477)

Gesellschaft Lübecker Theaterfreunde.

Tanzabend

des Stadttheater-Balletts mit Orchester

am Montag, d. 21. September, abends 8 Uhr

im Stadttheater. (3479)

Die Mitglieder der Gesellschaft erhalten gegen
Vorzeigung der Mitgliedskarte 50 % Rabatt auf
die Schauspielpreise.

Arbeiter- Turn- u. Sport- Verein Lübeck

(3461)

Um Irrtümer zu ver-
meiden, wird nochmals
darauf hingewiesen, daß
unsere anfänglich unseres

Stiftungsfestes

am Sonntag, d. 20. 9. 25
auf dem Buniam's-
hof stattfindend. Sport-
lichen Veranstaltung,
durch den Ballonauf-
stieg keine Störung od.
Beeinträchtigung erlei-
den.

Auf Grund einer gegen-
seitigen Vereinbarung
haben unsere Eintritts-
karten auch für den Bal-
lonaufstieg Gültigkeit u.
ebenso umgekehrt. Der
Preis ist einheitlich auf
30 Pfg. festgelegt.

Der Vorstand.

Einsegel

Jeden Sonntag

Gr. Ball

Kaffeehaus

Moislung

Morgen Sonntag:

Gr. Feitball

Stadttheater Lübeck.

Sonntag 2.30 Uhr

Schüler-Vorstellung

Jar u. Zimmermann

Sonntag 7.30 Uhr

Rigoletto

Montag 8 Uhr

Tanzabend mit Orchester

Dienstag 8 Uhr

Abonn.-Vorstellung

Jar u. Zimmermann

Mittwoch 7 Uhr

Abonn.-Vorstellung

Lebender Leichnam

Donnerstag 8 Uhr

Abonn.-Vorstellung

Madame Butterfly

Schuhwaren
Heißterdamm
2
F. MEYER
REPARATURWERKSATZ

GEWERK
SCHAFTS
HAUS
GM
BH
JOHANNISSTRASSE 50-52

Wägenmaschinenfabrik
Wilh.
Kruse
Lübeck
Huxstr. 43

H. KOCH
Möbelhäuser
Inh. Carl Polers u. Rud. Neese
Lübeck's größte
MÖBELAUSSTELLUNG
MARLESGRUBE 45 u. 40

Rahma MAR-GA-RINE buttergleich

nimmt Euch
heut u. morgen
alle Butterforgen!

Revanche-Kampf

V. f. R.
gegen (3429)
L. B. V. — Phönix
Sonntag Flugplatz 3 Uhr

Waldschlößchen
Bad Schwartau

Heute Sonnabend, ab 7 Uhr
Künstler-Konzert
Angenehmer Aufenthalt für Familien
Sonntag: **Gr. Ball**
Den verehrlichen Vereinen halte ich
mein Lokal zur Abhaltung von Festlich-
keiten bestens empfohlen. (3456)
C. F. Bürckel, Besitzer

Mit dem heutigen Tage eröffne ich
wieder die von früher so bekannte

Steh-Bierhalle

Engelsgrube 87
Kieft man all mal wedder in!
August Busch (3128)

Gesellschaftshaus „Adlershorst“
Morgen Sonntag **Tanzkränzchen**
Anfang 5 Uhr.
Eintritt und Tanz frei. (3407)

Luisenlust
Morgen Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen**
Eintritt und Tanz frei.



Die Verfassung des Deutschen Reiches?

Neu erschienen
mit Reichstagswahlgesetz
und Sachregister
Preis 35 Pfennig

Buchhandlung „Sünder Volksbote“
Johannisstraße 46

Die Hoffnung von Tausenden

ist die demnächst wieder beginnende



500
1000
2000
3000
5000

1/8 Los nur 3 Reichsmark
zur Ziehung 1. Klasse am 16. und 17. Oktober

10 000
25 000
50 000
75 000
100 000
200 000
300 000
500 000
1 000 000
2 000 000

insgesamt **45 Millionen** Reichsmark
kommen zur Verlosung

Fast jedes zweite Los gewinnt!

Sollten Sie noch nicht im Besitz eines Loses sein,
so sichern Sie sich ein solches schon jetzt aus
der reichhaltigen Losnummernauswahl in der

Staatlichen Lotterie-Einnahme

Jansen

Fernruf 3859 Johannisstr. 18

Der Vortrag: Vor neuem Völkermorden?
findet nicht Donnerstag, d. 24. 9. i. Turnerhause,
sondern Freitag, d. 25. 9. in der Schiffer-
gesellschaft, Engelsgrube, Katt.
3445). Freiwirtschaftsbund F. F. F.

**Arbeiter-Turn-
und
Sport-Berein
Lübeck**

33. Stiftungsfest

am Sonntag, dem 20. September 1925
Morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr
Sport- und turnerische Vorführungen
sowie Schlag-, Fuß- u. Faustballspiele
auf dem
Buniamshof
Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.
Abends 6 Uhr:
Festball
im großen Saale des Gewerkschaftshauses
Eintritt: Herren 60 Pfg. Damen 40 Pfg.
3431) Der Vorstand.

L. V. Lübecker Verein für Luftfahrt

Freiballon-Auffstieg

verbunden mit Verfolgung
durch Automobile am
Sonntag, 20. September,
auf dem Spielplatz Buniamshof
Beginn der Füllung: 10 Uhr vormittags
Auffstieg etwa 12 Uhr mittags
Von 11 Uhr an Konzert der Regimentskapelle
Leitung: Herr Musikdirektor Florenz Clauditzer
Eintrittspreis für den äußeren Ring und den
abgesperrten Teil des Eisenbahndammes 30 Pfg.
Der Vorstand
Kähne, Vizeadmiral a. D.,
i. Vorsitzender
3417) 3452

Kolosseum

Morgen Sonntag:
Großer Ball
Verstärktes Rich.-Wagner-
Orchester:
Kassenöffnung 6 Uhr Inh.: H. Reek

Lindenhof Israelsdorf

Morgen Sonntag von nachm. 4 Uhr an:
**Große
Tanzfestlichkeit**
bei verstärktem Orchester.
Dazu ladet freundlichst ein (3404)
V. Klempau.

„Weißer Engel“

Morgen Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Eintritt und Tanz frei. 3405

Wasch-Anstalt
Ludwigsgasse

14. 11. 1925
Georgstraße 17. Neckergrube 17.
Schwanen- u. Mühlentorstr. 33

Konditorei u. Café
OPERA
Vornehmstes Familien-Café
Täglich Künstler-Konzerte
Spezialität: Eisbeisen und -Getränke
Telephon 577 Max. Schließel

Kauft in Stadtgeschäften der

Zentral-Molkerei Lübeck
Inhaber: Otto Struve Fernruf: 1837

Die sparsamste Seife
für alle Zwecke im Haushalt
ist meine 80% Keen-Seeife
Herborragende Reinigungswirkung
greift weder feinste Wäsche
noch zarte Haut an
FERD. KAYSER
Gegenüber dem Rathaus